Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 329. Morgen-Ausgabe. Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Dinstag, den 18. Juli 1876.

Der heutigen Nummer liegt für die Abonnenten unserer Zeitung eine Karte des Kriegsschauplatzes bei.

Rede des Reichstags-Abgeordneten Dr. L. Bamberger

bei der am 9. Juli 1876 zu Ober-Ingelheim stattgehabten Versammlung der Rheinhessischen Fortschrittspartei.

Meine Herren! In der abgelaufenen Woche waren es zehn Jahre, daß das Deutsche Reich in das Reich des Werdens eintrat. Es war jenes große kriegerische Ereigniß, das am 3. Juli 1866 Europa eine neue Gestaltung gab, von dem aus wir unser neues politisches Leben datiren können. Gerade an den hiesigen Ort knüpfen sich Erinnerungen, welche in der unmittelbarsten Verbindung mit dieser bedeutenden Neugestaltung stehen. Es sind wohl Viele unter Ihnen, die sich entsinnen, daß damals — ich glaube, es war in den Junitagen des Jahres 1866 — eine große Versammlung hier abgehalten wurde, in welcher die beiden Parteien, die noch heute die deutsche Nation in zwei Lager scheiden, zum ersten Male sich ausgesprochen und, wenn auch noch durchaus nicht mit der klaren Gewißheit wie heute, sich gegenüber gestanden haben. Damals handelte es sich darum, im Namen des Volkes Stimme abzugeben, ob die Rüstungen des deutschen Bundes gegen Preußen von dem deutschen Volke gutgeheißen und unterstützt werden sollten oder nicht. Und Sie haben mit dieser Erinnerung das schöne Andenken zu verbinden, daß damals, wie in der ganzen Zeit unserer an das Jahr 1848 anknüpfenden politischen Entwickelung, die Bewohner dieser Gegend den richtigen Instinct, das richtige Gefühl hatten und die Sache Deutschlands von der Seite aus nur aufleuchten und siegreich heraufziehen sahen, von der auch wirklich Sieg und Neugestaltung gekommen ist. — Seit jenem Jahrzehnt hat nun das Deutsche Reich, anfangend mit dem Norddeutschen Bund, festen Fuß in der Welt der Thatsachen gefaßt. Ich glaube, wir dürfen, obwohl wir selbst erst 5 Jahre später in dieses Reich eingetreten sind, doch wohl sein Bestehen von jenen 10 Jahren an zurückdatiren. Auch haben wir uns selbst darüber nie getäuscht. — Sie erinnern sich wohl noch jener Zeit, da wir gleichfalls hier versammelt waren wegen der Wahlen zum sogenannten Zollparlament. Der Name klingt uns heute beinahe komisch. Wir fragen uns heute, wie es möglich war, daß eine so unbedeutende Gestaltung wie eine blos den Zollangelegenheiten gewidmete Nationalversammlung, wie diese die höchsten Wogen der politischen Bewegung in Brandung bringen konnte. Aber auch damals täuschten wir uns nicht. Wir haben es damals unverhohlen und mit fester Ueberzeugung ausgesprochen, daß jenes Zollparlament ein Vollparlament werden müsse, und wie wir es damals empfanden, so ist es zur Wahrheit geworden. Und nun seit der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts, seit 5 Jahren ist das deutsche Volk endlich im Besitz jener politischen Einheit, jener staatlichen Gestaltung, nach der es Jahrhunderte lang vergeblich gestrebt hat. Fünf Jahre — das scheint vielleicht ein geringer Zeitraum; aber in unserer schnelllebigen Zeit und gerade in den Anfangszeiten einer politischen Neugestaltung ist das ein mächtiger Abschnitt, den wir durchgemacht haben und der vor allen Dingen lange genug ist, um uns den Beweis zu geben, daß das damals Geschaffene lebensfähig und lebenskräftig dasteht, daß es sich sein Bürgerrecht erworben hat im Schoße der europäischen Nationen, im Mittelpunkte der politischen Bewegungen unseres Jahrhunderts. Es wäre wohl der Mühe werth und könnte sehr verlocken, einen Rückblick zu werfen auf alles das, was alles herbeigeführt worden ist, das wir längst nicht mehr gehofft hatten, selbst zu erleben. Aber, meine verehrten Zuhörer, dazu haben wir heute keine Zeit. Eine Stunde ist bald herum (besonders für den, der spricht; dem, der zuhört, dem mag es manchmal etwas länger werden. Heiterkeit.) Aber eine Stunde ist bald herum, wenn wir auch unsere Blicke nur etwas vorwärts werfen wollen, und das müssen wir heute. Denn wir stehen vor neuen Wahlen, wir stehen vor einer Periode in unserer politischen Entwickelung, die vielleicht einen bedeutsamen Abschnitt bilden wird für lange Zukunft hinaus, und wir müssen uns die Stichwörter, die Fragen und Losungen klar zu Gemüthe führen, die in der nächsten Zeit uns beschäftigen werden.

Ich weiß nicht, ob die Kunde schon zu Ihnen gedrungen ist, aber ich glaube, der „Rheinhessische Beobachter", welcher ja so scharf beobachtet, daß er nicht leicht sich etwas entgehen läßt, was in der Welt vorkommt — er wird Sie schon unterrichtet haben von den unklaren und häufig wiederkehrenden, dunkel gefärbten Gerüchten, die durch unsere nächste politische Welt ziehen und welche darauf hinauslaufen, daß in der Parteigestaltung, in dem Verhältniß nämlich derjenigen Partei, welche der Grundpfeiler des Deutschen Reiches bis jetzt gewesen ist — ich meine unserer Partei, welche wir hier die Fortschrittspartei, anderwärts die nationalliberale Partei nennen, daß in dieser Partei gewisse Erscheinungen zu Tage getreten wären, die annoch wie ein großes Fragezeichen über uns schweben, wegen deren wir aber nothgedrungen zur Klarheit und Entscheidung kommen müssen. Wenn ich das Kind beim Namen nennen soll — und dessen bestrebe ich mich besonders, wenn ich zu meinen Wählern und Gesinnungsgenossen spreche — so behauptet man ungefähr, es sei mit der Einigkeit zwischen der reichstreuen Partei, auf deren Schultern bis jetzt die Entwickelung unserer Gesetzgebung und Gestaltung geruht hat, es sei mit der Einigkeit zwischen ihr und dem Reichskanzler, dem nächsten Schöpfer dieser großen politischen Entwickelung, nicht mehr ganz so gut und glänzend beschaffen wie früher. Nun, meine verehrten Zuhörer, ich will einmal für einen Augenblick dahingestellt sein lassen, was an der Sache richtig ist oder nicht. Ich glaube, sobald solche Kunde umgeht, sobald sie sich verdichtet hat zu einer wenn auch nur lose umrissenen Gestalt, die aber immer wiederkehrt und die namentlich in den bevorstehenden Wahlen lebhaft ertönen wird in dem Schlachtruf des Wahlkampfes, ich glaube, wenn die Sache einmal auf diesen Punkt gekommen ist, dann ist es unsere Pflicht, und wenn es auch nicht Pflicht wäre, unser erstes Bedürfniß, daß wir uns klar über die Dinge werden und uns fragen: Wie steht es denn damit? Aber ehe ich suche, mir darüber Klarheit zu verschaffen, möchte ich Ihre Aufmerksamkeit im Vorübergehen auf einen Punkt lenken, der gerade in Verbindung damit für uns durchaus nicht gleichgiltig ist.

Es heißt also jetzt, die Einigkeit zwischen uns und dem Reichskanzler sei nicht mehr so blühend und vollständig wie vorher; es heißt, er wolle uns durch eine andere Partei ersetzen, wir seien mit seiner Politik nicht einverstanden und er nicht mit unserem Verhalten u. dergl. mehr. Nun erinnern Sie sich doch einmal, wie vor wenigen Jahren, vielleicht noch vor Jahresfrist, immer die Angriffe gegen unsere Partei, alle Schmähungen und Verlästerungen darauf hinausgingen, daß wir die willenlosen Sklaven, die Schleppträger des Reichskanzlers wären, und wenn man uns etwas recht Beschämendes und Demüthigendes nachsagen wollte, so hieß es: „Es sind die Hurrahschreier, die Jasager." Sie sehen, ganz consequent sind also unsere Gegner in diesem Augenblick nicht mehr. Während sie uns früher anklagten, daß wir durchaus keinen eigenen Willen hätten und nur geführt würden durch den Reichskanzler, berichten sie jetzt, daß ein Zwiespalt vorhanden wäre. Und zwar fing die Sache recht gelinde mit einer anderen Schattirung an.

Zunächst, ungefähr vor Jahresfrist und namentlich während der letzten Reichstagssitzungen, spielte eine gewisse Redewendung eine große Rolle. Da hieß es: „die ganze Partei ist noch nicht in Reibung mit dem Reichskanzler und seiner Politik; aber sie ist in sich gespalten, es giebt eine Linke und eine Rechte. Die eine möchte dem Reichskanzler Widerspruch leisten, die andere will absolut mit ihm gehen, und die ganze Partei wird wahrscheinlich auseinandergehen." Nun, meine Herren, es ist eben nichts davon geschehen. Die nationalliberale Partei hat den Wunsch ihrer Freunde d. h. ihrer Gegner, auseinander zu gehen, nicht erfüllt, und sie ist noch heute einig und steht so fest zusammengeschlossen, wie wir es nur wünschen können. Nachdem also diese Hoffnung zu nichte geworden, so taucht jetzt eine andere Wendung auf, daß zwischen der untrennbaren nationalliberalen Partei einerseits und dem leitenden Staatsmann andererseits eine Spannung, eine Art von Vorbereitung eines Bruches sich zeuge, der uns neue Richtungen in der deutschen Politik prophezeihe. Ich meine, wenn unsere Gegner Gerechtigkeit üben wollten, so müßten sie jetzt doch anerkennen, daß wir die willenlosen und gedankenlosen Zustimmer und Schleppträger, als die sie uns früher bezeichnet haben, nicht seien. Aber, meine lieben Herren, ich erwarte deswegen nicht, daß man uns diese Art von Gerechtigkeit zollen wird. Gerechtigkeit ist überhaupt eine seltene Wunderblume auf dieser Erde, und am allerwenigsten darf man sie suchen in den Gefilden, in denen der politische Parteikampf wüthet. Wir mögen uns stellen, wie wir wollen, gescholten werden wir doch von unseren Gegnern. Sie werden nur zu den alten neue Angriffe gegen uns richten, und das ist natürlich; denn gerecht gegen einen alten Gegner werden Parteimenschen höchstens, wenn er todt ist; dergestalt, daß, wenn ich einmal vernehmen würde, daß man von gegnerischer Seite günstig und gelinde über unsere Partei spricht, mir der Verdacht kommen würde, ob sie nicht etwa am Sterben wäre? (Bravo) Und deswegen freue ich mich, daß sie noch mit ungeschwächten Kräften von allen Seiten munter und derb angegriffen wird, und je mehr man uns angreift, desto mehr habe ich die Ueberzeugung: „Wir sind noch frisch und gesund." (Beifall.)

Und nun, meine Herren, lassen Sie uns einmal weiter fragen: „Wie ist es denn eigentlich mit jener Spaltung? Ein fremdländisches Sprichwort sagt: „Es giebt keinen Rauch ohne Feuer", oder wie wir hier zu Hause sagen: „Es fällt kein Spahn, es hängt was dran". Darauf hin soll uns jedenfalls die Mühe nicht zu viel sein, ganz unerschrocken nachzuforschen, wie es denn mit jener angeblichen Trennung und Spaltung, mit jenen Mißverständnissen sich eigentlich verhält. Zunächst wenn es so wäre — und ich bin weit entfernt, jetzt schon einzuräumen, daß es sich um vollendete Thatsachen handle, wenn es so wäre, so wäre dabei gar nichts zu verwundern. Das Deutsche Reich, wie ich vorhin bemerkte, hat jetzt zum mindesten seine ersten fünf Jahre hinter sich. Das ist auch im Leben des Menschen ein sehr wichtiger Abschnitt; es ist der, in dem man in der Regel am meisten über die Fortschritte eines jungen Menschen sich wundert. Wir waren wahrscheinlich alle mehr oder weniger, als wir 3 oder 4 Jahre alt waren, ein bischen Wunderkinder. Wenigstens haben unsere Eltern wahrscheinlich sich über die großen Fortschritte gefreut, die unser Verstand damals machte. Je älter wir aber wurden, desto weniger wunderte man sich über unsere Gescheitheit und schließlich sind wir ganz gewöhnliche Menschen, wie alle anderen auch, geworden. Ich glaube, es geht mit der staatlichen Entwickelung etwas ähnlich. So lange unser Deutsches Reich eben erst die 4 Wände Europas beschrien hatte, da war unseres Erstaunens und unserer Zufriedenheit und unseres Triumphes über die Wunder des jungen Geschöpfes gar kein Ende. Je näher aber die Aufgabe des Lebens an es herantritt, desto mehr gleicht es anderen Staaten, in denen das Schöne neben dem Häßlichen, das Schlechte neben dem Guten steht und in denen uns einmal beschieden ist nach dem bescheidenen Maß der unvollkommenen irdischen Welt zufrieden zu existiren. Auch läßt sich, wenn wir die Dinge nach ihrem Ursprunge ansehen, sehr gut berechnen, warum jetzt möglicher Weise ein gewisser Meinungszwiespalt ausbrechen konnte, zwischen der ersten leitenden Politik des Deutschen Reiches und der Volksvertretung, die an derselben mitzuarbeiten berufen ist. Sehen Sie einmal, so lange das deutsche Reich nach außen zu gestalten war, so lange die einzelnen Staaten in dasselbe erst einzufügen, die allgemeinen Voraussetzungen der Gesetzgebung zu bilden waren, so lange das Gerüst des neuen Gebäudes erst herzustellen war, da lag die Leitung selbstredend in den Händen des großen Staatsmannes, der das Ganze ins Leben gerufen hatte, der zwar der Dolmetscher unserer Wünsche und unserer Gesinnungen, auch mit unseren Kräften arbeitend und nicht etwa wie ein Zauberer vom Himmel herunterfahrend — doch wesentlich durch den Blitz seines Genius Das in die Welt gerufen hatte, was wir heute das Deutsche Reich nennen. Es war natürlich, daß, so lange die Dinge zu gestalten waren, die sich zunächst an diese politische Schöpfung anschlossen, daß er da die Leitung in Händen hatte und daß die Anderen sich mehr unterordneten, mehr, seinen Ansichten das größere Gewicht beilegend, ihm nachfolgten. Wir kommen aber allgemach zu einer anderen Gattung von gesetzgeberischen Arbeiten, zu den inneren häuslichen Fragen des deutschen Volkes. Hier ist nun der Beruf Derjenigen, die das Volk vertreten, mehr zu Hause, als der des großen Staatsmannes, der die Dinge in ihrem großen Ganzen sieht, der mehr nach außen die Uebersicht und Leitung besitzt. Was ist nun natürlicher, als daß ein Mann, der bis jetzt mit der überwiegenden Kraft seines Genies, seiner Verdienste, seiner enormen, selten dagewesenen Popularität, deren er mit Recht sich erfreut, daß derjenige, der bis dahin die Geschicke Deutschlands in dieser Weise als Führer gelenkt hat, daß der vielleicht nicht so schnell sich an den Gedanken gewöhnen kann, an der neuen Aufgabe in dem zweiten Theile unserer Verfassungsarbeit, in unserer Rechtsordnung &c. und Allem was damit zusammenhängt, nicht nach seiner eigenen, einzig maßgebenden Ansicht die Leitung zu haben. Es wäre nichts natürlicher, als daß hier der Uebergang der leitenden Macht aus der Hand des ersten Politikers, der an der Spitze des Reiches steht, in die Hand der Volksvertretung nicht ohne einen gewissen Schmerz, nicht ohne eine gewisse Reibung von Statten ginge, und wir hätten auch gar keinen Grund, es uns oder ihm zu verargen, wenn die Sache sich auf diese Weise äußerte. Es wird uns in diesem Leben überhaupt nichts geschenkt, oder doch nur sehr wenig; denn das, was uns scheinbar geschenkt wird, dafür müssen wir in der Regel auf irgend eine mittelbare Weise doch wieder bezahlen. Wenn wir schon oft darüber klagen hörten, daß die Macht eines einzelnen Mannes so groß sei im deutschen Volke, daß selbst die Gesetzgebung, die Vertretung von 40 Millionen ihren Willen in der Mehrheit oft ihm unterordne, so konnte das auf den ersten Augenblick erscheinen wie eine Thatsache, die geeignet wäre, das Blut aufzuregen, Unwillen zu erregen. Aber, wie ich Ihnen eben sagte, es wird Einem nichts geschenkt, und wenn das deutsche Volk nicht durch eigene Kraft allein, nicht auf dem Wege der selbstgeschaffenen Umwandlung es dahin bringen konnte, das Reich seiner Träume zur Wirklichkeit zu machen, sondern wenn es dazu des genialen Dazwischengreifens eines einzelnen bevorzugten Menschen brauchte, nun so ist nichts natürlicher, als daß dieser Mann auch sein Uebergewicht in der Nation besitzt, ausübt und unter Umständen mißbrauchen könnte.

Ich frage nur, welchen Sinn kann es denn haben, daß vielleicht jetzt von Seiten des Reichskanzlers und seiner Politik ein Weg beschritten würde, der unseren Wünschen und Zielen entgegenträte? Ist denn der Reichskanzler, was man so schlechthin mit der althergebrachten Redewendung einen „Reactionär" nennt, d. h. entweder ein Mensch, der in engem Vorurtheil befangen die Welt nicht anders zu denken im Stande ist, als er sie vor 30 oder 40 Jahren gekannt hat, oder ist er etwa ein Mensch, der eigensüchtige Ziele zu verfolgen hat, die den Zielen der Nation oder denen die Ziele der Nation im Wege stehen? Nun, meine Herren, ein beschränkter Reactionär, das glaube ich, ist der deutsche Reichskanzler nicht. Selbst Diejenigen, welche den Fürsten Bismarck für einen Reactionär erklären, behaupten schwerlich, daß er ein beschränker sei; ich glaube vielmehr, alles, was wir bis jetzt gesehen haben, steht gerade im Gegensatz zu der Annahme, daß er der Mann wäre, der an einer Idee fest und starr klebe und nicht im Stande wäre, seine alten mit neuen Ideen zu vervollkommnen. Niemand hat so sehr gezeigt wie er, daß er fähig ist, jeder alten Fessel sich zu entledigen und frisch und wohlgemuth auf neue Dinge loszugehen. Also, ein Reactionär gewöhnlicher Art steht uns im Reichskanzler sicherlich nicht gegenüber.

Oder, welches wären die eifersüchtigen Ziele, die er verfolgte? Er braucht nicht, wie der Inhaber eines Fürstenthrones, zu befürchten, daß man ihn vertreiben könnte. Ich glaube, sein Reichskanzleramt und alle politische Herrlichkeit, über die er verfügt, stehen so fest wie je eine politische Macht gestanden hat, und im deutschen Volke, soweit es überhaupt nicht das Deutsche Reich wieder in das Nichts gern verschwinden sehen möchte, ist Niemand, der wollte, daß er seinen Posten aufgeben möchte. Selbstsüchtige Ziele spielen in diesem Kampfe, wenn er überhaupt existirt, keine Rolle. Es kann sich höchstens darum handeln, ob wir über das, was wir gemeinsam als nothwendig und nützlich halten, für die Entwickelung unseres Deutschen Reiches, einer Meinung sind oder nicht, also um Verschiedenheit der Anschauung bei dem gleichen Ziele. Und nun will ich versuchen, Ihnen, so gut es mir gelingen mag — Sie werden vielleicht Mühe haben, sich in meinen Gedankengang so hineinzufühlen, daß Sie mir nachempfinden können — ich will versuchen, Ihnen in ein paar Strichen begreiflich zu machen, worum es sich eigentlich handelt, worauf alle jene Andeutungen hinspielen, welche sagen, es sei mit der Uebereinstimmung zwischen der national-liberalen Partei und der leitenden Politik des Deutschen Reiches nicht mehr so harmonisch beschaffen, wie alle die Jahre her. Wenn ich es in einen Satz zusammenfassen soll, so möchte ich es dahin bezeichnen, daß der Reichskanzler die Macht des Staates, die staatliche Gewalt stärker auszustatten wünscht, als nach den politischen Anschauungen der liberalen Parteien in Deutschland der Staat ausgestattet werden soll. Die Regierung, oder um mich noch deutlicher auszusprechen, die regierende Gewalt, soll nach seiner Ansicht vielleicht eine mächtigere Faust haben gegenüber der Gesetzgebung, gegenüber dem einzelnen Individuum, eine größere Macht, deren Maß nach unseren bisherigen freiheitlichen Anschauungen zu weit geht. Und zwar nicht meint er das im Sinne der Unterdrückung des Einzelnen, sondern sein Gedanke hat ein ander Ziel im Auge und läßt sich durchaus in seinem Geiste rechtfertigen, wenn wir den Werdegang unseres deutschen Staates ansehen, wie er sich aus dem Chaos heraus zu entwickeln angefangen hat. Nicht um den Staat gegenüber dem Bürger, nicht um Despotismus, nicht um das, was man absolute Regierungsgewalt heißt, handelt es sich hier, sondern um den Gegensatz zwischen Reich und Staaten, zwischen allen vielgestaltigen Mächten, die zerren und ziehen, auf daß der deutsche Staat wieder in einzelne Theile zerfalle; es handelt sich um die Stärkung des grundlegenden Gedankens, der das Deutsche Reich ins Leben gerufen hat und der vor Allem darauf hinstrebt, daß es auch mit festen und zuverlässigen Reifen zusammengehalten werde. Das ist der eigentliche Streitpunkt, der vorliegt. Und wenn Sie mir nun einen Augenblick weiter Gehör geben wollen, so werden Sie an einem lebendigen Exempel sehen, wie leicht man in einem einzelnen Fall in diesen Gegensatz gerathen kann. Nehmen Sie einmal die große Frage, die ja am meisten auf das deutsche Vaterland drückt, die im Vordergrunde unserer Politik steht, die große religiös-politische Spaltung. Sie wissen, ohne diese Gegnerschaft wäre unsere ganze nationale Bildung einen ganz anderen Weg gegangen. Wir wären längst weiter; wir hätten ganz andere Fragen ungehindert und frei in Angriff nehmen können. Aber dieser Alp lastet noch auf uns. Wir haben, wie keine andere Nation, in unseren eigenen Eingeweiden mit einem Gegner zu kämpfen, der selbst nicht national ist. Nun, meine Herren, um diesem Gegner beizukommen, hat die Reichspolitik verschiedene Mal einen Weg betreten, von dem man unbefangen allerdings sagen muß: er hat einen Einschnitt in das gemacht, was man bisher als die Grundlage der freien Entwickelung des Individuums und der Gestaltung der bürgerlichen Freiheit überhaupt ansah. Ich will Sie nur an eins erinnern und Ihnen zeigen, wie leicht die Gegensätze hier auch bei den Unbefangensten sich herausbilden können. Ich selbst, der ich die Ehre habe, Ihr Vertreter zu sein, der jetzt in drei Legislaturperioden Vertreter dieses Theiles unseres Vaterlandes zu sein die Ehre hatte, ich selbst habe damals, als zum ersten Male das vielbesprochene Jesuitengesetz kam, mich nicht entschließen können, für dasselbe zu stimmen, weil ich mit mir im Zweifel war, ob hier nicht eine solche Verletzung der Gesetzlichkeit vorliege, daß man lieber darauf verzichten müßte, diese Handhabe zur Beseitigung des gegnerischen Widerstandes zu ergreifen, als eine solche Abweichung von der Regel zuzulassen. Ich will mich heute nicht darüber aussprechen, inwiefern meine Skrupel damals begründet waren; genug, unter großer Beistimmung der deutschen Nation, und ich glaube namentlich des auch hier vertretenen Theiles der deutschen Nation, wurde jene Gesetzgebung inaugurirt und wurde eine Reihe von Gesetzen später noch aufgebaut, welche strengere Maßregeln gegenüber Denjenigen ins Leben riefen, die offenbar in ihren heißen Bestrebungen darauf hinausgingen, das Reich wieder in sich zu zerkleinern und zu vernichten.

Hier haben Sie nun ein Beispiel, wie ganz allein im Dienste des Reichsgedankens eine Richtung sich geltend machen kann, welche mit den freiheitlichen Ueberlieferungen in gewissem Widerspruche steht und wie von nicht minder reichstreuer Seite auch Bedenken aufstehen können, ob es gerechtfertigt sei, diese Abweichung zuzulassen oder nicht. Ich muß, weil wir doch hier von dieser Frage sprechen und ich nicht mehr wünsche, später auf dieselbe zurückzukommen, eine Einschaltung machen, um auf eine Erscheinung hinzuweisen, die sich direct an sie anknüpft, und die zu belehrend ist, als daß wir sie unerwähnt lassen könnten. Ich sprach soeben von den Conflicten, die das Deutsche Reich gegenüber der sog. ultramontanen Partei zu bestehen hatte. Wir alle müssen ja tagtäglich an diese Kämpfe denken. Es vergeht, ich möchte sagen, keine Stunde in unserem politischen Leben, in der wir nicht peinlich an dieselben erinnert werden, und Alles, was geeignet ist, neues Licht über dieselben zu verbreiten, verdient unsere aufmerksamste Beachtung. Zu den Fragen, die am meisten im Vordergrunde dieses Kampfes stehen, gehört immer die, ob denn jener Streit nicht hätte vermieden werden können? wer ihn angefangen habe? wem die Verantwortung darüber zufalle, daß die deutsche Nation auf eine so beklagenswerthe Weise in zwei erbittert gegen einander kämpfende Heerlager geschieden sei? Nun, meine verehrten Zuhörer, ich glaube, wir, die wir hier versammelt sind, wir wissen ganz genau, wer angegriffen hat. Denn wir sind selbst dabei gewesen, mit welcher Heftigkeit alles, was die Schaffung des Deutschen Reiches anging, von Seiten der ultramontanen Partei im ersten Entstehen bereits bekämpft wurde. Uns kann man darüber kein neues Licht aufstecken. Aber die Welt im Großen, die nicht auf dem Mittelpunkte des Schauplatzes steht, kommt oft darüber in Zweifel, ob nicht jener Kampf hätte vermieden werden können? zuweilen habe ich selbst im Schoße von Parteigenossen darüber sprechen hören, ob es nicht besser gewesen wäre, man hätte den Kampf unterlassen; wir hätten vielleicht in Frieden uns verständigen können mit der ultramontanen Partei und uns mit ihnen vertragen. Nun, meine Herren, hat eben Europa etwas erlebt, was eine wunderbare Belehrung zu dieser Frage abgiebt. Ich meine die Vorgänge in unserem Nachbarlande Belgien. Bei uns hieß es immer, die Ultramontanen seien so furchtbar entrüstet, so grimmig, so unversöhnlich, weil man gewisse freiheitswidrige Bestimmungen auf sie angewendet habe, weil man sie unter die Ruthe des Staates stellen, weil man mit Gewalt gegen sie manches durchsetzen wolle. Und nun haben Sie ein Land dicht neben uns, so ziemlich in denselben Culturverhältnissen, in dem jenes angepriesene Recept auf das Allerstrengste und Pünktlichste befolgt worden ist. Belgien hat, seitdem es sich im Jahre 1830 zu einem Staate gestaltet, immer die Regel befolgt, dem schönen Glauben sich hingegeben, man müsse die religiösen Parteien, welches Bekenntniß sie auch in politischer Beziehung haben, absolut freigeben; der Staat dürfe sich gar nicht um die Religion, nicht um die Kirche kümmern. Dir Kirche müsse ihre eigene Selbstverwaltung haben, frei über die Schule herrschen. Und nun haben Sie gehört, wie vor wenigen Wochen, als es in Belgien zum Wahlkampf kam, der heftigste Gegensatz zwischen Ultramontanen und Liberalen in die Straße hinunterstieg und zum hellen Kampf sich entfachte, wie wir ihn in Deutschland in unseren Tagen nicht erlebt haben und wie ich hoffe, daß wir ihn nicht mehr erleben werden. Dort also, wo man den Ultramontanen jede Unabhängigkeit gegeben, wo man ihnen Freiheit gewährt hat, dort sind sie gerade so wüthend, so unersättlich, so gierig nach dem Besitze der Macht, so intolerant im Besitze der Macht wie bei uns, wo sie über Druck klagen.

Ich glaube, diese Lehre ist für uns außerordentlich kostbar und wir sollen sie uns merken, um uns nicht mehr an dem Gedanken aufhalten zu lassen, daß, wenn wir uns anders benommen hätten, auch vielleicht die ultramontane Partei sich anders benommen hätte. Nein, meine Herren, diese Herren haben den Grundsatz, daß sie entweder wüthen, weil sie die Macht dazu haben, oder daß sie wüthen, weil sie nicht die Macht haben. (Beifall.) Oder wie es einer ihrer Parteischriftsteller in Frankreich richtig bezeichnet hat: „Wenn die Liberalen dran sind, so verlangen wir, daß sie uns nach liberalen Grundsätzen regieren, weil das ihre Grundsätze sind, und wenn wir dran sind, dann herrschen wir absolutistisch, weil das unsere Grundsätze sind." Ja, meine Herren, das ist die wahre Regel, nach der diese Dinge geleitet werden, und ich mußte die Gelegenheit wahrnehmen, auf die Vorgänge in Belgien hinweisend, Ihnen zu zeigen, daß wir vom Standpunkte der praktischen Politik uns durchaus keinen Vorwurf zu machen haben. Ganz dieselben Klagen, in die unsere Stadt Mainz bei jeder Wahl ausbricht, daß, nicht etwa die ländliche Bevölkerung der Nachbarschaft, sondern der einzelne Pfarrer eines nebenliegenden Dorfes eigentlich bestimmt, wer Repräsentant der benachbarten großen Stadt sein soll, ganz dieselben Klagen wurden von der uns in vieler Beziehung verwandten Stadt Antwerpen erhoben. Antwerpen, eine Schutzwehr des Landes wie Mainz, und wie Mainz eine liberale Stadt.

es wird von ultramontanen Vertretern in der belgischen Gesetzkammer repräsentirt, gerade wie Mainz im Reichstag. Dort nur seufzt man unter dem Joch der Ultramontanen noch schlimmer, weil man ihnen mehr Freiheit eingeräumt hat.

Aber lassen Sie mich zurückkommen zur Frage, die uns heute insbesondere beschäftigt.

Ich sagte Ihnen, ein Beispiel werde Ihnen zeigen, wie auf gutgemeinte Weise Diejenigen, welche in erster Linie die Sache des neugeschaffenen Reiches zu führen haben, wie die uneinig werden können mit der liberalen Partei über die Haltung, welche in einzelnen Fällen zu beachten sei, wenn es sich um Feststellung unserer neuen Gesetze handelt. Ganz Aehnliches wie in diesen kirchlichen Gesetzen wiederholt sich ja auf dem Boden der allgemeinen Gesetzgebung. Lassen Sie mich, weil ich immer wieder gern an Thatsachen anknüpfe, zurückgreifen auf die erste Entstehung jenes Gerüchtes, das aufzuklären heute mein Vorsatz ist. Es datirt aus der letzten Sitzungs-Periode des deutschen Reichstages und knüpft sich zuerst an jenen Theil der Gesetzgebung, der schlechthin mit dem Namen Strafgesetznovelle bezeichnet worden ist. Schon ehe der Reichstag im vorigen Herbste zusammenkam, gingen beunruhigende Gerüchte durch Deutschland, es werde zu einem Conflicte kommen zwischen dem deutschen Reichskanzler und der liberalen Partei, weil uns eine Gesetzgebung zugemuthet werde, die wir unmöglich zugeben könnten, und zwar in Form von Veränderungen, die an dem gemeinsamen deutschen Strafgesetzbuch angebracht werden sollten. Welches waren nun jene Veränderungen, die uns angesonnen wurden? Ein Theil ist harmloser Natur und liegt außerhalb des Gebietes der Politik. Ich werde Sie also mit diesem Theile nicht weiter behelligen, der sich z. B. mit der Frage befaßt, ob jugendliche Verbrecher bis zum zwölften Jahre gänzlich straflos sein sollten oder nicht? ob gewisse Verbrechen, deren Bestrafung nur auf Antrag des Verletzten erfolgte, auch ohne diesen Antrag zu verfolgen seien; alles Dinge, die auf dem rein juristischen Boden stehen. Anderer Art, wenn auch nur vorübergehend an das politische Gebiet anstreichend, war eine zweite Kategorie. Das waren nämlich die Gesetze, welche zum Theile sich um Vertreter des Deutschen Reiches im Ausland bekümmerten, zum Theile das Verhältniß der deutschen Criminal-Gesetzgebung gegenüber dem Auslande in die Augen faßten. Sie erinnern sich ja alle des Processes Arnim, jenes großen politischen Scandals, der dadurch entstand, daß einer der ersten Vertreter des Deutschen Reiches auf dem gefährlichsten und bedeutendsten Posten des Auslands sich erlaubte, eigene Politik, unabhängig von dem Reichskanzler, von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu machen, über dessen Kopf hinaus ehrgeizige Pläne zu spinnen, direct mit gewissen Kreisen zu verkehren, vielleicht um den Kanzler zu stürzen. Sie erinnern sich auch alle, mit welch glänzendem Erfolg der Reichskanzler aus jenem Conflicte hervorgegangen ist. Es zeigte sich bei der Gelegenheit wieder, daß er gerade jenen kleinen Intriguen gegenüber stets der Mann der großen unbefangenen Politik ist, so weit entfernt davon, ein blinder und beschänkter Reactionär zu sein, daß er die Politik des Grafen Arnim, welcher gerne die französische Republik gestürzt hätte, um wieder die monarchische Verfassung begründen zu helfen, mit Entrüstung zurückwies. Aus Anlaß jenes merkwürdigen Zwischenspiels entstand in dem Reichskanzler der Gedanke, ob solchen Scandalen, solchen Mißbräuchen und Intriguen, die möglicherweise auch viel Unheil hätten anstiften können, ob denen nicht für die Zukunft ein Riegel vorzuschieben sei. Es ist ein charakteristisches Merkmal im Naturell des Reichskanzlers, daß er oft nach einer auftauchenden Erscheinung seine Ideen erfaßt, daß er, wo er einen Schaden sieht, einen Grundsatz darauf baut und von Fall zu Fall, je nachdem die Ereignisse ihn belehren, seinen Nutzen für die Gesetzgebung daraus zu ziehen sucht. Es kann ihm dabei geschehen, daß er die Nutzanwendung aus einer besonderen, ihn unangenehm berührenden Begebenheit zu sehr verallgemeinert. So hat dieses Erlebniß in ihm zunächst den Gedanken plötzlich erscheinen lassen: Wir müssen unsere Vertreter im Ausland unter eine Zucht stellen, die sie in der Zukunft davor bewahrt, sich in solche Ausschreitungen zu begeben. Das war der Arnim-Paragraph! Nun, meine Herren, die deutsche Volksvertretung konnte eigentlich, insofern sie blos liberal war, ziemlich kühl die Sache mit ansehen. Es war eigentlich ein Streit zwischen dem Minister des Auswärtigen und jenem Theile der hohen Gesellschaft, aus dem man noch die großen Botschafter zu nehmen pflegt. Es ist ja bisher noch so Styl, daß man sein eigentliches Examen zu hohen Botschafterposten schon im Mutterleibe gemacht haben muß (Heiterkeit), d. h. daß man von hochadliger Abstammung sein muß, um einen solchen Posten einnehmen zu können. Und nach diesem Gesichtspunkte hin hätte es uns Bürgerliche eigentlich wenig angegangen, wenn jenen Herren eine Ruthe über den Leib gebunden worden wäre. Allein die Würde des Deutschen Reiches und die Würde unserer Gesetzgebung verlangt doch etwas anderes. Wir mußten auch in diesem Punkte vor allen Dingen fragen: Was ist Gerechtigkeit? Und wir haben jenen Arnimparagraphen in der parlamentarischen Umarbeitung so behandelt, daß wir ihn vor jedem Juristen, vor jedem Gesetzgeber vertreten können, was nach der ersten Fassung der Regierung nicht der Fall war. Wir haben ihn so zugeschnitten, daß wirklich nur, wenn eine klargestellte landesverrätherische Handlung vorliegt, ein auswärtiger Vertreter des Deutschen Reiches procedirt und wie ein Verbrecher behandelt werden kann.

Ein anderer Punkt, der hierher gehört, war der sogenannte Paragraph Duchesne oder wie man mit einem komischen Worte ihn nannte, der sogenannte Kesselflickerparagraph, weil es ein belgischer Kesselfabrikant war, der in einem lächerlichen Schreiben den Erzbischof von Paris gefragt hatte, ob man ihm eine gewisse Summe, ich glaube 20,000 Franken, bewilligen wolle, wenn er den Reichskanzler umbringen werde. Auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist die Autorität des Fürsten Bismarck noch immer so sehr in ihrer Ueberlegenheit anerkannt, daß ich nicht des Weiteren heute die Frage aufzuwerfen gezwungen bin, ob es auch nöthig war, an Belgien die Forderung zu stellen, daß es ein Gesetz mache, welches in Zukunft solchen thörichten Kesselflickern verbieten werde, dergleichen thörichte Briefe zu schreiben. Genug, wir verlangten damals, daß jener Nachbarstaat Belgien dergleichen Dinge, die auch einst angesehen werden können, verhindere, und da die belgischen Gerichte erklärt hatten, nach ihrer Gesetzgebung könne ein Mann nicht bestraft werden, der in dieser Weise sich erboten, einen fremden Minister umzubringen, so wurde von Deutschland die Schaffung eines besonderen Gesetzes für solche Fälle verlangt, ein Gedanke, der sich juristisch auch vertreten läßt. Die Belgier, als kleiner Staat, der auch mit uns in Frieden zu leben wünscht, ließen sich nicht lange bitten, und machten ein solches Gesetz. Aber als es gemacht war, sagten sie: wenn Ihr genau nachseht, so habt Ihr auch kein solches Gesetz. Und hier mußte nun die deutsche Regierung dieselbe Liebenswürdigkeit gegen Belgien haben, die Belgien ihr gezeigt hatte, und es war strenge Pflicht, daß wir auch einen solchen Paragraphen machten, um diejenigen zu bestrafen, die unter irgend welcher Anerbietung sich zu einem Verbrechen anheischig machten.

Das waren so die kleinen Fragen, in denen schon einige Reibung entstand zwischen der liberalen Partei und dem Reichskanzler.

Nun kam aber die eigentliche Frage, und das waren — da man in jenen langen parlamentarischen Zerrereien gern ein charakteristisches Wort suchte, das Jeder sofort verstehen konnte — die Kautschukparagraphen. Sie wissen ja, was Kautschuk ist, der auch unter dem Namen Gummi elasticum bekannt und unter der letzteren Bezeichnung den meisten von der Schule her noch in Erinnerung sein wird, Gummi ist eben jene Materie, die sich beliebig in die Länge ziehen und wieder zusammendrücken läßt. Und so hat man gesetzliche Vorschriften genannt, die, je nachdem der Richter sie behandelt, bald gefährlich, bald ungefährlich sind für denjenigen, der auf die Anklagebank gesetzt wird. In unserem Falle galt es, solchen Bestimmungen, die gewisse politische Vergehen statuiren und in größerem Umfange vor den Strafrichter bringen sollten, als dies bis jetzt der Fall war.

In diesem Punkte nun, meine Herren, da allerdings verstand die liberale Partei keinen Spaß. Sie machte es sich klar und war von der ersten Stunde an entschlossen, in diesem Punkte auch absolut nicht mit sich handeln zu lassen. Sie stellte den ausgesprochenen Widerstand allen Versuchen gegenüber, eine Gesetzgebung zu machen, welche den einzelnen Staatsangehörigen irgendwie in die Unklarheit bringen kann über die Folgen seiner eigenen Handlung. Ein Gesetz muß klar sein, und vor allen Dingen ein Strafgesetz muß klar sein. Ein Gesetz, welches über Freiheit, d. h. über Leben und Tod, denn die Freiheit oder das Leben verloren, das ist im Grunde vor dem Auge des Unschuldigen beinahe das Nämliche, ein Gesetz, welches über Leben oder Unfreiheit, über Leben und Tod entscheiden soll, das muß so sein, daß jeder erwachsene Mensch die Tragweite seiner Handlungen an ihm klar und frei bemessen kann; und jedes Gesetz, welches dermaßen gestaltet ist, daß man, wenn man ihm nur eine gewisse Auslegung giebt, auch den Harmlosesten unter die Anwendung des Strafgesetzes beugen kann, ist eines der größten Uebel, unter denen ein Land leiden kann. Derart waren aber die sog. Kautschukparagraphen. Es waren Vorschläge, gewisse politische Meinungsäußerungen zu bestrafen, und diese Meinungsäußerungen waren so unbestimmt und unklar geschildert, daß, wäre jenes Gesetz angenommen worden, ich nicht wüßte, ob nicht das, was ich hier gesprochen habe, bei irgend einem böswilligen oder einseitigen Richter nicht sofort zum Verbrechen hätte gestempelt werden können. Hier nun leistete die liberale Partei Widerstand, und muß ich zu Ehren der anderen Parteien sagen, selbst bis in die weiteste Rechte hinein wagte kein Vertheidiger aufzutreten für jene Gesetze. Sie wissen, daß der Reichskanzler, von dem man behauptet hatte, er würde das Parlament auflösen, wenn wir nicht diese Entwürfe annähmen, sich in die Sache fügte. Aber hier ließ man nun verlauten: „Die Reichspolitik, der leitende Staatsmann sei der Ansicht, daß das Deutsche Reich nach dieser Entscheidung nicht stark genug bewaffnet sei mit dem Strafgesetz, um den zahlreichen unversöhnlichen Gegnern, die beständig an seiner Zerstörung arbeiten, wirksam entgegen zu treten.

Aehnlich war es mit den Paragraphen, welche besonders darauf gerichtet waren, die social-demokratischen Bestrebungen zu bekämpfen. Nun, meine Herren, Sie wissen, daß ich selbst nicht blos zu denen gehöre, die oft von der socialistischen Partei angegriffen worden sind, sondern auch zu denen, die es sich zur Ehre rechnen, vor derselben am meisten zu warnen. Ich gehöre nicht zu denen, die glauben, es sei nicht die Gefahr von ihnen zu befürchten, die wir in anderen Ländern auf so fruchtbare Weise haben hereinbrechen sehen. Gehe ich auch nicht soweit, zu behaupten, daß wir unmittelbar in der Gefahr einer großen Umwälzung schweben, so bin ich doch davon überzeugt, daß wir mit diesen Dingen nicht leichtfertig umgehen dürfen; daß bei der Eigenart der deutschen Köpfe die Gefahr ziemlich groß ist, daß in irgend einer tumultarischen Zeit diese Staat und Gesellschaft zerstörenden Ideen sich momentan verwirklichen und eine verderbliche Herrschaft vorübergehend erlangen können. Aber so sehr ich davon durchdrungen bin, daß die Bestrebungen dieser Partei zu bekämpfen seien, so lebhaft bin ich auch davon durchdrungen, daß der Versuch, diese Dinge dadurch zu beseitigen, daß man das Aussprechen dieser Meinungen unterdrückt, daß man die Discussion dieser Ansichten vor der Oeffentlichkeit unterbindet, davon bin ich durchdrungen, daß dies nicht nur ein incorrectes Verfahren, sondern auch ein zweckloses ist. Vielmehr, was ich seiner Zeit unter dem lebhaften Aufschrei gewisser Gruppen mit absichtlicher Unzweideutigkeit offen im Reichstag ausgesprochen habe, das hat sich seitdem erst recht bewährt: Die socialistische Gefahr für Deutschland wird genährt und gefördert von denen, die aus reactionärer Falschheit mit socialistischen Umtrieben heuchlerische Buhlschaft treiben. Dem sei nun, wie ihm wolle, so werden Sie sich nach diesen Erläuterungen nunmehr die hier in's Spiel kommenden Gegensätze verdeutlicht haben. Auf der einen Seite der berufenste Vertheidiger des Deutschen Reichs, welcher selbst auf die Gefahr hin, die Rechtssicherheit der Einzelnen zu bedrohen, ein stark gewappnetes Strafgesetz zum Schutze gegen die inneren Feinde begehrt; auf der anderen Seite wir, die liberalen Parteien, welche fest daran halten, daß ein die Bürgschaften der Rechtssicherheit durchbrechendes Gesetz alle Staatsangehörigen unglücklich macht, weil es Alle bedroht. Hier haben Sie die ganz natürliche Erklärung von Reibungen, die keinem Theile zur Unehre gereichen. Und diese Frage, wir werden sie auszutragen haben, heute, morgen, übermorgen, noch lange, in zukünftigen Zeiten. Aber wir werden sie austragen mit der Ruhe von Männern, die gegenseitig sich ihrer Begriffe klar bewußt sind, die sich auch ihres großen Rechtes klar bewußt sind. (Beifall.)

Ich muß sagen, Alles, was man über den künftigen Gang dieser Dinge prophezeit, das beschwert und beängstigt mich persönlich nicht. Ich fühle mich immer nur unbehaglich, wenn ich mit mir selbst im Unklaren bin, wenn ich selbst nicht weiß, was ich thun oder lassen soll. Wenn mir Gegner gegenüberstehen — ja nun, das ist das politische Leben, dazu sind wir da. Wozu schicken Sie uns nach Berlin, wenn nicht um eine Meinung zu vertreten, die auch einmal einen Widerspruch erfährt? Wir wären ja wirklich unnöthig; wir könnten den Reichskanzler allein wirthschaften lassen, wenn es immer geschrieben stände, daß wir in allen Dingen einig sein müßten mit ihm. Also lassen Sie sich von jenen Gerüchten, durch das, was da gesagt wird über die bevorstehende Spaltung, nicht aufregen. Lassen Sie sich nicht anfechten dadurch, daß momentan auch einmal ein etwas heftiger Anprall kommen könnte zwischen der leitenden Reichsgewalt und den liberalen Parteien. Dafür ist der politische Kampf da, und Deutschland wird daran nicht untergehen. Im Gegentheil, ich muß gestehen, eine solche Aussicht hat beinahe etwas Belebendes und Erfrischendes für mich. Ich sage mir, die Vertretung des deutschen Volkes, deren parlamentarisches Ansehen noch nicht groß genug ist, wird wohl aus einem Kampfe — sollte es ihr bestimmt sein — gestärkt hervorgehen. Andererseits scheinen mir die in diesen Fragen den Reichskanzler bestimmenden Ideen nicht geeignet, ihn zu einem Kampf auf's Aeußerste zu bewegen. Ich erinnere mich in solchen Fällen immer an jene Worte, die der Reichskanzler einmal zu einem französischen Journalisten kurz nach dem Kriege von 1866 gesprochen hat. Der Mann hat später jenes Gespräch mit dem Fürsten Bismarck drucken lassen. Letzterer schildert darin seine eigenen deutschen Landsleute, wie schwer es sei, sie unter Einen Hut zu bringen, wie eigensinnig sie in politischen Dingen seien und er setzte hinzu: „Sehen Sie, so ein Deutscher, wenn er durch die Wand will und nebenan ist ein Loch, und es ist gerade nicht auf seinem Wege, so rennt er gerade aus hart an die Wand und läßt das Loch nebenan liegen." Nun, m. H., ich denke, dieses Beispiel und diese Lehre wird der Fürst Reichskanzler auch sich selber geben. Stehen wir nur unsererseits fest, so wird er wohl nicht mit dem Kopfe gegen die Wand, sondern durch die Thür der ruhigen Verständigung gehen, die wir ihm sicherlich breit genug offen lassen. (Beifall.)

M. H., es wird allerdings sehr viel über diese Dinge hin- und hergetragen und namentlich geschrieben. Das kann ja auch gar nicht anders sein. Wir haben so viele Zeitungen, die jeden Tag unterhalten müssen, und Sie selber, wenn Sie eine Zeitung finden, in der etwas steht, was Sie nicht überrascht hat, so legen Sie sie unwillig weg und sagen: „da steht ja auch gar nichts drin." Also was ist natürlicher, als daß diese unendlich vielen deutschen Zeitungen auch jede Faser zu einem ungeheuren Gewebe ausspinnen und

---

Unsere Theaterfrage.

I.

Noch sind die letzten Hammerschläge nicht verhallt, die bei der Auction in den der Kunst geweihten Hallen erschallten, und schon rüsten wir uns von Neuem, um des Trauerspiels andere und hoffentlich letzte Hälfte mitanzusehen. Fast scheint es indeß, als sollte das Drama unseres Stadttheaters eine Trilogie werden, deren dritte Abtheilung den harmonischen, versöhnenden Abschluß bildet.

Die zweite Abtheilung, die Liquidation des Theater-Actien-Vereins, dürfte wohl mit derselben Ruhe vor sich gehen, wie die erste. Denn, wenn uns nicht Alles trügt, dürfte sich kaum eine Stimme finden, die für den Fortbestand des Vereins sich erheben wird. Derselbe localpatriotische und kunstbegeisterte Sinn, der den Theater-Actienverein geschaffen, muß ihn jetzt auflösen, und welcher von den Actionären möchte wohl den traurigen Muth haben, wenn man ihn vor die unvermeidliche Alternative stellt: Actienverein oder Stadttheater! auf seinem Schein zu bestehen und gegen die Liquidation zu stimmen!

Aber es wäre ungerecht, dem Actienverein, der unter so trüben Verhältnissen zu Ende geht, die Nachrede zu verweigern, die ihm gebührt. Unter günstigen Auspicien und vorwiegend im Interesse der Hebung der dramatischen Kunst wurde der Verein gegründet. Und Gedeihliches hat er Jahre lang unter schwierigen Verhältnissen geschaffen, das wird in der Geschichte des Breslauer Stadttheaters ihm hoch angeschrieben werden.

An dem Verfall unseres Theaters hat er nicht den Haupttheil der Schuld. Man kann getrost sagen: dieser Haupttheil fällt auf das Breslauer Theaterpublikum zurück. Aber — und das soll keine Ironie sein — indem der Theater-Actienverein sich jetzt auflöst, erfüllt er eine würdige Mission, zum Heil des Stadttheaters und unseres Kunstlebens.

Täuschen wir uns nicht durch Phrasen und Seifenblasen, durch Hoffnungen und Erwartungen — wir stehen am Ende und es giebt nur eine Hoffnung, nur eine Erwartung — den Uebergang des Stadttheaters in städtische Verwaltung. Man mag das „ein großes Wort gelassen ausgesprochen" nennen — es führt kein anderer Weg zur Regeneration unseres Kunstlebens, als dieser einzige. Denn thöricht geradezu scheint es mir, von einem Status quo der Theaterfrage für die nächsten Jahre zu sprechen! Nicht einen Winter unseres Mißvergnügens überdauert dieser trostlose Status quo eines geschlossenen Stadttheaters, der mit einer nicht wegzutilgenden Schmach für unsere Stadt gleichbedeutend wäre.

Eine Bevölkerung aber, wie die der Stadt Breslau, hat für ihre schweren Communalsteuern das zweifellose Recht, ein städtisches Kunstinstitut von der Stadtverwaltung zu verlangen, und mit seinem Steuerzettel in der Hand darf der Letzte und Geringste vor Magistrat und Stadtverordnete hintreten und zu ihnen sprechen: Ich verlange von Euch nicht nur Unterstützung für Schulen und Canalbauten und Gasbeleuchtung, sondern auch eine Stätte, von der herab Schiller und Göthe und Shakespeare zu mir reden können!

Magistrat und Stadtverordnete werden sich, wollen sie ihre Pflicht gegen die Stadt getreu erfüllen, solchen Anforderungen nicht entziehen können. Ja, ich hege keinen Zweifel, daß sie dies auch gar nicht versuchen werden. Und wenn ich recht unterrichtet bin, ist in unserem Stadthause an maßgebender Stelle dieselbe Ansicht die vorherrschende. Man ist sich in Magistrats- und Stadtverordnetenkreisen darüber ziemlich klar geworden, daß die Communalverwaltung hier eine Pflicht zu erfüllen hat, die gebieterischer und dringender an sie herantritt, als etwa die der Pflasterung der Klosterstraße.

Der Gedanke eines wirklichen und nicht blos nominellen Stadttheaters ist ja auch durchaus nicht so neu und fremd; er hat bereits eine Vorgeschichte, und es ist Pflicht der Presse, auf diese jetzt zurückzukommen. Schon als im Jahre 1866 der Magistrat das Darlehn von 100,000 Thlr. als Subvention für das Stadttheater verlangte, motivirte er dies in seiner diesbezüglichen Vorlage den Stadtverordneten gegenüber in folgenden Worten:

„Daß eine Stadt von dem Umfange und der Bedeutung Breslaus, als der geistige und materielle Centralpunkt einer der größten und wohlhabendsten Provinzen unseres preußischen Vaterlandes, auf die Dauer eines Theaters nicht entbehren kann, ist unseres Erachtens außer aller Frage. Soll aber die dramatische Kunst nicht handwerksmäßig betrieben werden, soll die Bühne von dem Druck finanzieller Rücksichten möglichst befreit, ihre künstlerischen und ästhetischen Aufgaben erfüllen, soll sie einen veredelnden und bildenden Einfluß üben, so müssen ihr auch künstlerische Kräfte zur Verfügung stehen, die ein Privat-Unternehmer lediglich aus eigenen Mitteln in jetziger Zeit ohne seinen finanziellen Ruin dauernd nicht beschaffen kann. Die Erfahrung zeigt daher, daß die Theater selbst kleinerer Städte entweder auf den Zuschuß aus einer fürstlichen Privatchatouille oder auf eine Unterstützung aus Communalmitteln angewiesen sind. Auch unsere Stadt wird sich nicht länger der Pflicht entziehen können, die Fortdauer eines Instituts zu sichern, in welchem unsere gebildete Einwohnerschaft das Bedürfniß nach geistigem Genuß befriedigen kann, zumal wir nicht reich an solchen Instituten sind und zur Zeit jede Concurrenz auf dem Gebiete des Theater-Unternehmens ausgeschlossen ist."

Ferner heißt es in den Motiven, nachdem die Selbstverwaltung als mit dem Apparat der damaligen Städteordnung nicht vereinbar dargestellt wurde: „Der Vertragsentwurf schließt andererseits die Möglichkeit auch einer solchen Selbstverwaltung nicht aus und greift also in dieser Beziehung der Zukunft nicht vor."

Dieser Vertragsentwurf zwischen Magistrat und Theater-Actienverein scheint mir aber für die Theaterfrage so wichtig und zum heutigen Tage so interessant, daß ich denselben an dieser Stelle folgen lasse. Er lautet in seinen Grundzügen:

Grundzüge zu dem zwischen dem hiesigen Theater-Actien-Verein und der Stadtgemeinde Breslau abzuschließenden Vertrage.

§ 1. Die Stadt Breslau gewährt spätestens im Monat Januar 1867 dem Theater-Actien-Verein zum Wiederaufbau des hiesigen Theatergebäudes ein unverzinsliches Darlehn von 100,000 Thlr. preuß. Courant, welches auf dem Theatergrundstück, hinter 23,000 Thaler, hypothekarisch eingetragen wird.

§ 2. Der Theater-Actien-Verein verflichtet sich, sein ganzes Vermögen, einschließlich des Theatergebäudes, der Stadt Breslau auf deren Verlangen jederzeit zum Eigenthum zu überlassen, und zwar:

a. gegen Uebernahme sämmtlicher Passiva des Theater-Actien-Vereins, und
b. gegen Zahlung des jetzt vorhandenen Actien-Capitals von 75,000 Thlr. in 4 pCt. Breslauer Stadt-Obligationen, welche zum Nominalwerth anzunehmen sind.

Die Uebereignung findet erst 6 Monate nach demjenigen Tage statt, an welchem der Magistrat dem Theater-Actien-Verein erklärt haben wird, von dem der Stadtgemeinde vorstehend eingeräumten Rechte Gebrauch machen zu wollen, und zwar nur am 1. Januar oder 1. Juli jeden Jahres.

§. 3. Eine neue Emission von Actien, sowie die Aufnahme von Schulden, namentlich auch von hypothekarischen Darlehnen, kann Seitens des Vereins nur mit Zustimmung des Magistrats erfolgen. Die letztere Beschränkung wird auf das Theatergebäude eingetragen.

§ 4. Der Theater-Actien-Verein verpflichtet sich, bei der Verpachtung des Theaters jedesmal vor Abschluß des Pachtvertrages die Pacht-Bedingungen dem Magistrat zur Genehmigung vorzulegen, auch die Person des Pächters dem Magistrat namhaft zu machen und den Pachtvertrag mit Niemandem abzuschließen, gegen welchen der Magistrat Einspruch erhebt.

§ 5. Der Theater-Actien-Verein verpflichtet sich ferner, während der Dauer des gegenwärtigen Vertrages, für den Fall, daß außer ihm oder seinem Pächter noch andere Personen die Erlaubniß zum Theater-Unternehmen in Breslau bei den zuständigen Behörden erbitten sollten, keinerlei ausschließliche Concessionsbefugnisse für sich in Anspruch zu nehmen.

§ 6. Ohne Zustimmung des Magistrats darf das Theater-Grundstück zu anderen als den bisherigen Zwecken nicht verwendet werden, und soll diese Beschränkung in das Hypothekenbuch eingetragen werden.

§ 7. Aus den jährlichen Einnahmen des Theater-Actien-Vereins wird nach Berichtigung der Verwaltungskosten, der bisherigen Passiva in den festgesetzten Raten, und der Zinsen der Actien zu 4 %, der Ueberschuß zur Bildung eines Reservefonds bis zur Höhe von 15,000 Thaler verwendet. Was hiernächst von den jährlichen Einnahmen noch übrig bleibt, wird jährlich abschläglich auf das Darlehn von 100,000 Thaler, welches Seitens der Stadt nur in den Fällen des § 11 gekündigt werden darf, an letztere zurückgezahlt. Der Reservefonds nebst seinen Zinsen und Zuwüchsen ist Eigenthum des Theater-Actienvereins. Er wird bis zur vollständigen Rückzahlung des Darlehns der 100,000 Thaler beim Magistrat deponirt, und nach den für die Stadthauptkasse geltenden Grundsätzen zinsbar angelegt. Die Verwendung dieses Reservefonds unterliegt der Genehmigung des Magistrats.

§ 8. Ein vom Magistrat zu bestimmendes Mitglied desselben wird Mitglied des Directorii des Theater-Actien-Vereins mit vollem Stimmrecht.

§ 9. Die Rechnung des Theater-Actien-Vereins über die gesammte Theaterverwaltung wird dem Magistrat alljährlich mitgetheilt.

§ 10. Abänderung des Vereins-Statuts dürfen nur unter magistratualischer Zustimmung erfolgen.

§ 11. Bei Nichterfüllung der einen oder der andern, vorstehend von dem Theater-Actien-Vereine übernommenen Verpflichtungen hat die Stadt, wenn sie von der ihr im § 2 eingeräumten Befugniß keinen Gebrauch macht, das Recht, entweder auf Erfüllung jener Verpflichtungen im Prozeßwege zu dringen, oder das Darlehn der 100,000 Thaler zur Rückzahlung mit sechsmonatlicher Frist zu kündigen.

§ 12. Die der Stadtgemeinde in dem gegenwärtigen Vertrage eingeräumten Befugnisse dauern so lange, als das Darlehn der 100,00 Thlr. noch nicht vollständig zurückgezahlt ist.

Als diese Vorlage und dieser Vertrag auf die Tagesordnuug der Stadtverordneten-Versammlung am 18. Januar desselben Jahres kamen, herrschte dort mit geringen Ausnahmen dasselbe lebhafte Interesse für das Theater vor und auch dort äußerte sich schon damals ein Redner, der zu den hervorragendsten Fachmännern gehört, mit Wärme für die magistratualische Vorlage. Die Protokolle berichten darüber:

„Redner erinnert daran, wie die Stadt gegen Ende des 17. Jahrhunderts das Theater als communale Angelegenheit betrachtete, indem sie demselben das Ballhaus eingeräumt habe. Seitdem habe sich Breslau unähnlich allen größeren Städten Deutschlands, gar nicht um das Theater bekümmert; diese Gleichgiltigkeit der Commune habe den Verfall desselben mit verschuldet. In der Zeit, als welcher sich noch bedeutende Männer unter des Ministers Hoym Protection für das Theater interessirten, stand es im Flor, die berühmtesten Künstler, wie Carl Maria v. Weber, Ludwig Devrient, Stawinski, Anschütz, Schmelka u A. haben sich hier gebildet, die hiesige Bühne war also damals eine Pflanzschule, aus welcher viele der namhaftesten Schauspieler jener Epoche hervorgingen. Dann kam die Zeit der Finanz-Speculation; Bierey, der ökonomische Kopf, Piel, Hake, Neumann, ferner die Periode des Baron v. Baerst, und das Theater wurde immer mehr bis zu dem neuesten Stadium heruntergebracht. Unzweifelhaft sei das Theater eine Bildungsanstalt, für welche die Commune eben so opferfreudig beizutragen habe wie für Schulen oder andere Kunstinstitute. Auch ist der größte Theil der Breslauer auf das Theater angewiesen; dort ist dem armen Manne vergönnt, die größten Dichterheroen kennen zu ler-

daß sie, wo sie einen schwachen Schatten an der Wand sehen, daraus sofort ein großes Gespenst machen.

Sie haben vielleicht von einem Gespenst gehört, das man die „Agrarier" nennt, und Sie werden wahrscheinlich noch viel davon sprechen hören. Es wäre eigentlich meine Schuldigkeit, Ihnen zu erklären, was eigentlich ein Agrarier ist; denn ich wollte wetten, daß die Meisten von Ihnen es nicht wissen. Leider könnte ich Ihnen auch keinen mitbringen, denn sie vertragen unser südwestliches Klima nicht. In diesem Theile unseres Vaterlandes kommt glücklicherweise diese Art nicht vor. Denn jener große Völkersturm vor 90 Jahren, der auch unsere Rheinufer berührte, hat damals in unserem Lande mit der feudalen Aristokratie aufgeräumt. Er hat uns befreit von einem die Gesellschaft beherrschenden Adel. Und so erinnern sich bei uns die ältesten Leute nicht mehr, einen solchen feudalen Herrn in der Fülle seiner Macht kennen gelernt zu haben. Aber im nördlichen und östlichen Deutschland ist das etwas anders. Dort sind jene Einrichtungen viel später verschwunden und in einzelnen gebenedeiten Ländern wie z. B. in den Herzogthümern Mecklenburg können Sie noch ganz lebendige Spuren dieser Bildung der Steinperiode vorfinden. Ein Ausfluß dieser Gestaltung ist der sog. Agrarier. Er ist nämlich nichts, als der unzufriedene Großgrundbesitzer, dem es nicht in den Sinn will, daß es in der Welt heute nicht mehr so geht, wie vor 100 Jahren. Er war es so gewohnt, daß der Mann, der auf seiner Scholle saß, daß der wenn auch nicht mehr Leibeigener doch sein unterthäniger Knecht war, daß er ihm für geringen Lohn den Boden bauen mußte und daß er, der Großgrundbesitzer, allein im Lande die erste Rolle spielte. Allmälig nun haben sich die Dinge geändert, und selbst bis in den höchsten Norden von Deutschland ist die bürgerliche Gleichheit gedrungen. Niemand ist mehr an die Scholle gebunden. Die Landleute, welche an den Höfen jener großen Adeligen saßen und für gar geringen Lohn ihnen Knechtsdienste thun mußten, welche nichts zu eigen besaßen, die fanden nun, als da Freizügigkeit gegeben wurde, es viel klüger, ihrem Vaterlande oder ihrer engeren Heimath Lebewohl zu sagen und entweder in große Städte zu gehen oder in Gegenden, wo sie sich besser und reichlicher ernähren konnten, und jene Herren sehen zu lassen, wie sie ihre Güter bewirthschafteten.

Da entstand Mangel an Arbeitern, Verlegenheit, und jene Herren waren sehr grimmig und ungehalten darüber, daß die Deutschen sich eine Gesetzgebung geschaffen, welche jedem freiließ, dahin zu gehen, wo er Lust hatte. Wir, die wir längst im Besitzer dieser Güter waren, wir wissen sie zu schätzen, wir halten es für das natürlichste der Rechte, daß jeder Einzelne Herr über seine Person, über seinen Aufenthalt, sein Gehen und Kommen sei. Und uns kommen jene Klagen nur lächerlich vor, die wesentlich von diesem Gesichtspunkte ausgehen, im Uebrigen aber noch so allerhand Beiwerk aufhäufen, um ihren eigentlichen Grundgedanken zu verhüllen. So beklagen sich die Herren, daß das bewegliche Vermögen jetzt eine so große Rolle in der Welt spiele, während früher Grund und Boden mehr gegolten d. h. nur der große Grund und Boden; denn Sie werden keinen Kleingrundbesitzer finden, der Agrarier ist. Es sind die großen altadligen Grundbesitzer, die sich darüber beklagen, daß ihre Rolle nicht mehr so ansehnlich ist wie früher, daß die Welt nicht stehen geblieben ist, daß unsere Zeit der Eisenbahnen und Telegraphen nicht mehr die Reihe der Ahnen nachzählt, die seit etlichen hundert Jahren auf dem Gute saßen, sondern Jeder, der mit seinem Kopf und Arm sich seinen Weg in die Welt macht, fortkommt.

M. H., das ist der Grundton der agrarischen Klagen, und nun will ich nicht sagen, daß alle Leute, die agrarische Artikel in die Zeitungen schreiben, auch große Güter haben. Nein, m. H., es sind gewiß Leute dabei, die nie einen eigenen Stuhl besessen haben. Aber Sie wissen ja, Federn und Sachwalter bekommt man für jede Sache, und wir haben es heuer mit einem großen Bunde zu thun, der speciell Geld zusammengeschossen hat, um diese sogen. agrarische Feder zu bezahlen.

Das ist etwa, was so in den bewußten Landestheilen eine ziemliche Rolle spielen wird und was ich vielleicht nicht so ausführlich erwähnt hätte, behauptete man nicht, der Fürst Bismarck habe so allerlei „Techtelmechtel" mit diesen Agrariern, er ziehe sie sich groß, damit sie den Liberalen von hinten an die Waden fallen und was dgl. mehr ist. Ob etwas daran wahr ist oder nicht? ich betrachte das wirklich nicht als eine Frage der großen Politik, um die allein wir uns hier zu kümmern haben. Das gehört vielmehr in die politische Gesindestube. Möglich, daß er es sich gefallen läßt, wenn Freiwillige aus der Agrariergesellschaft heute für ihn in's Feuer gehen, um morgen, wenn sie Schläge bekommen haben, ihn vergeblich anzurufen. Ich bin der Ansicht, daß der ganze agrarische Rumor unsere große, deutsche, gesunde Politik gar nichts angeht und daß wir solchen Klatsch nicht durch zu große Aufmerksamkeit ermuntern sollen.

Mit dieser Politik hängt aber eine andere zusammen, die scheinbar entgegengesetzt, doch wieder etwas Verwandtes damit hat. Es ist nämlich die Handelspolitik, und diese wird vielleicht eine etwas bedeutendere Rolle in den künftigen politischen Bewegungen, in den künftigen Gesetzgebungs-Debatten spielen. Sie verdient unsererseits jedenfalls mit viel mehr Achtung und Rücksicht behandelt zu werden, als das, was ich eben als agrarisches Element geschildert habe. Sie erinnern sich, daß im letzten Reichstag die Frage der Herabsetzung der Eisenzölle große Aufregung hervorgerufen hat, daß einer der Brennpunkte der politischen Debatten gerade durch jene Frage gebildet wurde.

Wenn einige Herren vielleicht hier sind, die voriges Jahr unserer Wählerversammlung in Alzey beigewohnt haben, so werden sie sich erinnern, daß ich damals bereits meine Grundsätze gegenüber dieser Frage frank und frei, klipp und klar ausgesprochen habe und zwar, wie ich mich rühmen darf, unter allgemeiner Zustimmung der gesammten Versammlung. Ich bin entschieden der Meinung, daß der sog. Schutzzoll weiter nichts ist, als eine andere Form von Socialdemokratie, nämlich ein Eingreifen des Staates zu Gunsten von Einzelnen, die begünstigt werden auf Kosten der Gesammtheit. Wenn einzelne Fabrikanten sagen: „wir verdienen nicht genug an unseren Arbeiten, wenn wir mit dem Auslande concurriren sollen, deswegen muß unseren Mitbürgern verboten werden, im Auslande zu kaufen", so ist das nur die Lehre von Bebel und Liebknecht in anderer Gestalt. Der Consument, derjenige, der etwas verzehrt, soll theurer bezahlen, damit wir mehr verdienen; es ist das Interesse des Staates, daß wir mehr bekommen, und deswegen verlangen wir Zölle, die so hoch sind, daß die Deutschen nicht im Auslande kaufen können. M. H., diese Politik ist in allen Culturländern heute beinahe einmüthig verurtheilt. Man kann geschwankt haben über die Art, wie man die Grundsätze anwenden soll, ob man sie rasch verwirklichen, ob man sie nur allmälig ins Leben führen soll. Aber darüber, daß dies ein falscher Grundsatz ist, darüber ist die Wissenschaft und ist der gesunde Menschenverstand aller derer, die sich mit dieser Frage abgegeben haben, einig, so daß selbst die sog. Schutzzöllner nicht mehr zu behaupten wagen, es sei ihre Theorie, daß der Verkauf des Inlandes geschützt werden müsse; sondern sie suchen nur allerhand Neben- und Scheingründe, um einen Zustand, der ihnen nützlich ist oder werden kann, noch aufrecht zu erhalten oder durchzusetzen. Sie gehen dabei von dem Grundsatze aus, der die absolute Thorheit, der reine Widerspruch gegen allen Verstand ist, nämlich dem, daß es ein Unglück sei, wenn Geld in das Ausland komme. Sie opfern jener allerdings lange im Schwung gewesenen Ansicht, daß Geld etwas Kostbareres sei, wie jeder andere Gegenstand. Sie werden regelmäßig hören, daß die, welche die Schutzzölle vertheidigen, sagen: daß man etwas theurer bei uns kauft, was man billiger in England beziehen kann, ist richtig; aber daß das schöne Geld nach England geht, ist ein Unglück. Nun, meine Herren, wenn wir England das Geld schenkten, so wäre diese Behauptung begründet; aber die Leute, die billiger kaufen, die kaufen nicht, weil sie etwas verschenken wollen, sondern im Gegentheil, weil sie etwas gewinnen wollen. Und wo steht denn geschrieben, daß Geld etwas Kostbareres sei, als was man dafür kauft. Nach dieser Anschauung wäre ein Mann, der für Geld sich ein Haus kauft, der Geprellte, und der Andere, der das Geld erhält, wäre der Triumphirende. Und wenn Sie sich heute einen Laib Brot bei dem Bäcker kaufen, so wäre der Bäcker glücklich und Sie, die Sie mit dem Brot Ihren Hunger stillen, wären unglücklich. Aber, m. H., mit diesem blödsinnigen Satz, daß es ein Schaden sei, wenn Geld in das Ausland gehe, mit diesem Satze werden noch große Schlachten geschlagen, und zur Beschämung der deutschen Nation können Sie in großen dicken Bänden öffentlicher Reichs-Untersuchungs-Commissionen von hochansehnlichen Männern als Weisheit deduciren hören, es wäre eine unangefochtene Sache, daß Geld etwas Kostbareres sei, als die Waare, die man dafür bekommt. M. H., ich bin von jeher in Uebereinstimmung mit den allermeisten unserer politischen Freunde der festen Ueberzeugung, daß der Schutzzoll theils ein Stück aus der veralteten Rüstkammer früherer Jahrhunderte, theils ein Stück neuester Socialdemokratie ist, und daß, wenn wir überhaupt den Kampf der bürgerlichen Mittelklasse, zu der wir Alle, die wir hier sind, gehören, theils gegen die feudale Herrschaft, theils gegen die communistische Umsturzpartei durchführen wollen, wir uns nicht in dem Grundsatze des freien Verkehrs beirren lassen dürfen. Es ist möglich, m. H., daß in der zukünftigen Gesetzgebungs-Periode dieser Conflict wieder an uns herantritt, und, wie ich es das vorige Mal schon gesagt habe, trotzdem ich vielfach angefochten worden bin, so bin ich fest entschlossen, die Fahne des freien Verkehrs, des freien Handels gegenüber der Schutzzöllnerei entschieden und unentwegt festzuhalten. (Bravo.)

Und nun, meine Herren, damit ich nur noch eines kurz erwähne — denn die Stunde ist längst herum — damit ich Sie nicht zu lange festhalte, lassen Sie mich nur auf einen Punkt noch hindeuten, der zur wichtigen Gruppe des Ganzen gehört, das ich vor Ihren Augen entwickelt habe, und ein ebenfalls hervorstechender Punkt in unseren gesetzgeberischen Fragen des letzten Reichstages gewesen ist. Das ist die Steuerfrage. Sie erinnern sich, daß unter den Gesetzentwürfen, die die liberale Mehrheit des Reichstages verworfen hat, auch Entwürfe zu gewissen Steuern auf Geschäfte in beweglichen Gegenständen und auf das Bier waren. Auch hier spielt nicht blos ein Finanzbedürfniß, auch hier spielt dieselbe staatliche Idee des Reichskanzlers, von der ich Ihnen vorher so ausführlich gesprochen habe, nämlich der Wunsch, daß das Reich stärker werd. Bis jetzt, wie Sie wissen, werden die Bedürfnisse an Geld zur Bestreitung der deutschen Reichsregierung theils aus den Zöllen und anderen Abgaben, wie die von Zucker und Salz, bestritten, theils durch sogenannte Matricularumlagen. Das ist ein Ausdruck, der aus der alten Reichszeit stammt und so viel bedeutet, als daß von den einzelnen Regierungen je nach Verhältniß so viel Geld erhoben wird, als nöthig ist zu dem Reichs-Budget. Es ist nun ein Gedanke und ein sehr vertretbarer des Reichskanzlers, daß das Reich, so lange es nicht auch finanziell fest und gesichert dasteht, so lange es nicht mit seinem Budget ganz auf eigenen Füßen steht — der eine Fuß zwar und der wichtigere, der auf den Zöllen und Abgaben beruht, der ist ihm frei, indem es ihn direct in Bewegung setzt, der andere Fuß aber, der nur dadurch geht, daß die einzelnen Staaten mitgehen und aus ihren einzelnen Budgets Beiträge leisten, ist etwas lahm und unzuverlässig — nicht geborgen sein. Und deswegen wird darauf hingearbeitet, solche Steuern zu schaffen, welche das Reich direct einzieht, die sog. Börsen- und die Brausteuer. Nun, meine Herren, welches immer der richtige Gedanke darin sei, und ich gebe ja zu, es liegt etwas Richtiges in der Idee, dem Reiche seine Einnahmen direct zu sichern, so war doch eine Ansicht vor allen die maßgebende in der liberalen Partei. Es war die, daß jeder Pfennig, der nicht absolut nöthig ist für den Staat, am Besten aufgehoben ist in der Tasche des Steuerzahlers, daß, wie gut auch immer die Steuern verwendet werden, vor allen Dingen bewiesen werden muß, sie seien unabweisbar nothwendig und erforderlich für das Staatswohl, denn besser als der Einzelne den Pfennig, den er in seiner Tasche hat, für sein Wohl verwendet, besser kann es der Staat nicht thun; und da uns nun erwiesen wurde aus der Finanzlage des Deutschen Reiches, daß die verlangten Steuern nicht nothwendig waren, so haben wir uns nicht entschlossen, diese Steuer zu bewilligen. Und auch das war noch nicht ausschließlich der durchschlagende Grund, sondern es ist noch ein anderer dabei. Wenn das Reich gestärkt werden sollte, so spielte doch noch etwas anderes mit, nämlich auch die Folge, daß durch Bewilligung von indirecten Abgaben die Regierung unabhängiger wird von der Volksvertretung. Aber wir, die Vertreter des Volkes, wir haben zunächst für des Volkes Rechte zu sorgen und so haben wir auch dafür zu sorgen, daß keine Steuern erhoben werden können, daß überhaupt eine Regierung nicht wirthschaften kann, ohne die Controle der gesetzgebenden Versammlung. Nun ist es das Eigenthümliche von indirecten Steuern, wie jene gewesen wären, daß wenn sie einmal als Gesetz ins Leben gerufen sind, daß sie dann, wenigstens nach unserer deutschen Praxis, ein für allemal bestehen. Und darin liegt die eigentliche Rückwirkung, daß sie den Schlüssel zur ganzen parlamentarischen Macht den Parlamenten aus der Hand winden. Dieser Gedanke — das Budget, das von selbst der Reichsregierung zufließt, ohne daß wir ein Wort zu sprechen haben, nicht zu vermehren, hat auch in unserer Abstimmung eine Rolle gespielt. Und wenn wir dafür sorgten, daß wir auch hier Herren des Terrains blieben, indem wir keine Steuer bewilligten, so werden wir hoffentlich auch darin Ihre Billigung gefunden haben. (Beifall.)

Und nun, meine Herren, lassen Sie mich nochmals sagen, was ich vorhin schon angedeutet habe. Ich weiß nicht, was der nächste Wahlkampf bringen wird. Wenn ich meine Meinung aussprechen soll, die ich durchaus nicht für maßgeblich erkläre, so wird vielleicht in Norddeutschland das Verhältniß der Parteien zu einander sich ein wenig verschieben, etwas nach rechts da, dort etwas nach links. Für uns in Süddeutschland, glaube ich, ist davon wenig die Rede. Einen reactionären Ansatz sehe ich in unserem süddeutschen Theile des Vaterlandes durchaus nicht.

Wie aber auch die Dinge sich gestalten mögen, ich, meine Herren, befinde mich, glaube ich, in dem glücklichen, in der, so weit ich übersehen kann, wirklich beneidenswerthen Lage, mit dem größten Theile meiner Wähler in Herz und Seele mich einig zu wissen und bis jetzt in allen Hauptstücken nach ihrem Sinne gehandelt zu haben. Dies Bewußtsein wird in allen unseren vorhandenen Aufgaben meine beste Stütze sein, und so lange ich an den großen politischen Arbeiten des deutschen Volkes mitzuwirken den Wunsch und die Kraft besitze, wird es mir das höchste Glück sein, diese Wählerschaft zu vertreten. Und so lange Sie es wollen, so lange werde ich auch Ihr Vertreter im Reichstage sein. (Lebhafter Beifall.)

Mainz, 10. Juli 1876. (Mainz. Ztg.)

Breslau, 17. Juli.

Die „D. R.-C." des Geh. Rath Wagener ist mit dem Programm der neuen conservativen Partei auch nicht recht einverstanden; sie wirft demselben Unklarheit vor, hält es aber für natürlich, „daß Programme, welche die Aufgabe haben, bis dahin divergirende Elemente zu einer gemeinsamen Action zu vereinigen, an einer gewissen Unklarheit leiden und gezwungen sind, zur Bezeichnung ihrer Tendenzen Ausdrücke zu wählen, welche die eigentliche Absicht oft eben so sehr verschleiern als enthüllen. Uebrigens,

---

nen. Wenn die Stadt nicht für das Unternehmen einstehe, könne man es leicht erleben, daß an einer der schönsten Stellen (der Brandstätte des früheren Theaters) eine Bäudelei oder vielleicht ein neuer Schlachthof errichtet wird. (Lebhafte Heiterkeit) Die Zumuthung an die Commune erscheine vollständig begründet, wenn man solche mit den Leistungen anderer Städte gleichen Ranges und selbst mit kleineren vergleicht. Brieg hat das dortige Theater gekauft und erhebt nur eine geringe Pacht; in Görlitz hat, wie ein Brief des Dr. Paur besagt, die Commune auf eigene Kosten ein Theater für 70,000 Thlr. erbaut, dem Pächter wird nicht blos das Gebäude gratis überlassen, sondern auch durch freie Gewährung des Gases eine jährliche Subvention von 900 Thlr. bewilligt. Aus Leipzig schreibt Dr. Gottschall, daß die Stadt das neue Theater mit einem Kostenanschlage von 400,000 Thlr. errichtet, der größtentheils durch eine Anleihe gedeckt wird. Redner gedachte endlich der außerordentlichen Leistungen in Manheim, Köln, in den größern Städten Oesterreichs u. s. w.; er schloß mit der Bemerkung, es sei die Aufgabe und Pflicht der Communalvertretung, die sich den wesentlichsten Einfluß auf die Leitung vorbehält, die projectirte Beihilfe für den Wiederaufbau des Theaters zu leisten."

An diese Vorgeschichte wird die Debatte über die Theaterfrage anzuknüpfen haben, und auf diese Motive und Aeußerungen werden sich alle Diejenigen stützen, die mit Fug und Recht ein Breslauer Stadttheater verlangen.

G. K.

Lobe-Theater.

(Der Registrator auf Reisen. — Sophie König.)

Zwei interessante Theatervorstellungen führten am Sonnabend und Sonntag ein sehr zahlreiches Publikum in die Lessingstraße. Die eine galt dem Abschied, die andere dem Wiedersehen. So spielt sich auf der Bühne das Leben mit seinen Wechselfällen ab und giebt uns auch in den heiteren Täuschungen der Bretterwelt manche ernste Mahnung.

Freilich in der Vorstellung vom Sonntag, in der Emil Thomas in der beliebten Posse: „Der Registrator auf Reisen" auftrat, merkte man nichts von dem Eindrucke ernster Mahnungen. Das Publikum war in sehr animirter Stimmung trotz der drückenden Julihitze und vergaß über dem Spiel des Gastes den prächtigen Sommerabend, den Krach und den serbisch-türkischen Krieg.

Aber Emil Thomas ist auch ein Komiker, der sich sein Publikum so erziehen kann und der im Stande ist, auch auf das ernsteste Gesicht ein Lächeln zu zaubern. Nächst Carl Helmerding ein Matador der norddeutschen Komik, theilt Thomas mit diesem den trockenen Humor, die lebhafte Agilität und die mimische Kunstfertigkeit. Namentlich auf letzterem Gebiete ist Emil Thomas geradezu Meister. Er versteht es, sein Gesicht nach allen Regeln und Richtungen zu verziehen und erreicht durch eine mimische Nuance mehr als andere Komiker durch ihre ganze Darstellung. Solchen Erfolgen liegt selbstverständlich dann die Uebertreibung sehr nahe, und auch von dieser ist Herr Thomas durchaus nicht freizusprechen. Er thut auch als „Registrator" hie und da des Guten zu viel, indem er die Komik mancher Situation auf die Spitze treibt, und diese ohnehin ziemlich unwahrscheinliche Situation völlig unmöglich und unnatürlich macht. Indeß der Zweck ist erreicht, das Publikum lacht, lacht oft und herzlich, und andere Zwecke verfolgen weder die moderne Posse noch die modernen Komiker.

Eine aufrichtige Freude gewährte dem Publikum auch das Auftreten eines hier in bester Erinnerung stehenden Darstellers, des Herrn Scholz als „Zander." Herr Scholz hatte sich gestern wie in früheren Jahren der lebhaftesten Sympathieen zu erfreuen; hoffentlich haben wir noch öfter Gelegenheit, den beliebten Komiker auf der Bühne des Lobetheaters zu begrüßen.

Die ziemlich stiefmütterlich behandelte Soubrettenrolle des Stückes spielte Frl. Weiser frisch und niedlich. Sie hatte sich dieselbe durch Coupleteinlagen vortheilhaft ausstaffirt und fand verdienten Beifall Seitens des lachlustigen Publikums. —

Eine ganz andere Physiognomie trug der vorhergehende Abend, an dem wohl zum letzten Male in dieser Saison ein noch zahlreicheres Publikum zur „Reise durch Breslau in 80 Stunden" sich eingefunden hatte. Galt es doch, einem erklärten Liebling der Breslauer Theaterwelt den letzten Gruß zu bringen. Frl. Sophie König, die am Sonnabend sich verabschiedete, hatte sich die Gunst unseres nicht leicht zu enthusiasmirenden Publikums in hohem Grade erworben. Dies bewies ihre Abschiedsvorstellung recht deutlich. Es regnete förmlich von prächtigen Bouquets und Lorbeerkränzen und Hervorrufen ohne Zahl.

Sophie König hat aber um diese Gunst auch in regem Eifer gerungen. Alle ihre Darstellungen legten Zeugniß ab von einem redlichen Streben, von aufrichtiger Begeisterung und Hingabe an ihre Kunst. Mit vortrefflichen Mitteln ausgestattet, mit einer Stimme und Gesangsbildung, um die sie nach dem Urtheil competenter Kritiker, sehr viele Opernsängerinnen beneiden dürften, hat Frl. König eine Decenz und Anmuth der Darstellung zu vereinigen gewußt, die ihren Rollen einen um so größeren Reiz verliehen, je weniger wir dies Alles auf solchem Gebiete bis dahin zu sehen gewohnt waren. So nimmt Sophie König schon jetzt unter den Vertreterinnen ihres Faches einen ersten Rang ein. Indem wir von ihr scheiden, wünschen wir der vortrefflichen Künstlerin, daß auch ihre fernere Laufbahn von Ehren und Erfolgen gekrönt sei, und daß sie überall solche Sympathieen finden möge, wie sie ihr hier entgegengebracht wurden und stets bewahrt bleiben werden.

G. K.

[Eine althebräische Modedame.] Der Prophet Jesajas, welcher ums Jahr 750 vor Christi Geburt gegen die Putzsucht der Damen seiner Zeit und seines Volkes eiferte, schildert uns bei dieser Gelegenheit die Erscheinung einer hebräischen Modedame seiner Zeit ziemlich genau. Nach dieser Schilderung muß der Luxus dieser Damen allerdings in erster Reihe solid genannt werden, denn er erstreckte sich nicht blos auf die äußerlich sichtbaren Theile der Toilette, sondern begann schon bei dem geheimsten Kleidungsstücke. Die Hemden schon, die aus Einem Stücke kunstreich gewirkt waren (ohne Naht), durften weder aus einheimischem Wollen- oder Flachsgewebe, noch aus egyptischem Baumwollenzeuge sein, sondern nur die feinste indische Leinwand galt als comfortabel. Ueber dieses unterste Kleidungsstück ward dann zunächst noch ein längeres Untergewand von buntem Baumwollenzeug geworfen, das an den Säumen und der Halsöffnung eine reiche Stickerei aufweisen mußte, hierauf kam als erster kostbarer Putzgegenstand der starke golddurchwirkte Gürtel. Den eigentlichen Rock darüber, in Stoff und Farbe nach den Jahreszeiten wechselnd, trug man sehr faltenreich und mit langer Schleppe, an welcher noch seidene Fransen und Quasten nachschleiften, eine sehr praktische Vorrichtung zum Kehren der schmutzigen orientalischen Straßen. Für den Oberkörper war dann auch noch die „Maatophoi", eine Art Mantille, nöthig. Alle diese Kleidungsstücke bildeten aber nur den festeren Unterbau, ein Ueberkleid von Tarlatan mußte die ganze Gestalt duftig machen, und mindestens zwei große Schleier, einer vorn herabhängend und der andere über den Nacken wallend, mußten die Strahlen der Sonne abhalten und die neugierigen Blicke der Männer reizen.

Doch damit sind wir beim Haupte der Damen angelangt, dem natürlich ein besonderer Abschnitt in der Toilette gewidmet sein muß. Die reiche Fülle des orientalischen Haarwuchses wurde theils in künstlich geflochtenen Zöpfen um das Haupt gewunden, theils noch in künstlichen Lockengerüsten hoch aufgebaut, so daß Jesajas diesen Kopfputz ein „Drechselwerk" nennt und das „Hohe Lied" dieses Lockengeringel auf dem Kopfe der Damen einer Ziegenheerde auf dem Berge Gilead vergleicht. Seinen künstlichsten und kostbarsten Schmuck erhielt der Kopf aber durch den Hut, welcher als sichtbare Unterlage ein aus Gold- und Silberdraht geflochtenes, von einem Ohre zum andern über die Stirn hinlaufendes Band hatte. Darauf saß der kostbare Turban aus bunten Bändern und den reichsten Stoffen um eine feste Seele gewickelt, bald hoch und spitz, bald breit und stumpf, je nach der wechselnden Mode. An der Stirnseite ragte das goldene Diadem hervor, und wer etwas gelten wollte, besetzte dieses reich mit Edelsteinen. In den Ohren nur zwei Ohrringe zu tragen, hätte für Armuth gegolten; 15 bis 20 Ringe, theils aus Horn, theils aus kostbarem Metalle, drängten sich in den Ohren, und in diesen Ringen blitzten wiederum Gehänge von Perlen. Das Gesicht, welchem wir heutzutage höchstens mit etwas Roth oder Weiß aufhelfen, wurde durch einen goldenen, silbernen oder elfenbeinernen, 6—8 Centimeter im Durchmesser weiten Nasenring verschönt, der aber (zum Troste der erschreckten Schönen unserer Zeit sei es gesagt) nicht wie bei den Thieren durch den Nasenknorpel gezogen, sondern nur an das Nasenband geklemmt wurde, und dann entweder nur bis auf die Oberlippe herabhing, oder auch noch den ganzen Mund umsäumte.

Wir kommen jetzt zum Collier. Dies bestand entweder aus lauter aneinander gefügten Goldkörnern, wie sie in Arabien gefunden werden, oder abwechselnd aus Goldkörnern und Korallen. Auf jeden Fall aber hingen von demselben sehr viele goldene Halbmonde herab, dann mehrere Medaillons, welche ebenso wegen ihres Kunstwerthes, als wegen ihrer magischen Wirkung geschätzt wurden, denn wegen der auf ihnen eingegrabenen Figuren und Inschriften galten sie für Amulette. Endlich hing von dem Collier das Riechfläschchen an goldener Kette herab, so groß wie eine kleine Manneshand, aus gutem Gold gefertigt, mit eingebohrten Duftlöchern, gefüllt mit einer schwarzen Mischung von Moschus und Ambra.

Nicht näher beschrieben sind die „Taschen" der Damen, unseren Margarethentäschchen wohl am ähnlichsten, genauer aber kennen wir wiederum den Schmuck der Arme und Hände. An den Fingern trugen die Damen jener Zeit nicht nur ihre großen Siegelringe (welche die Männer an einer Schnur um den Hals zu tragen pflegten), sondern auch noch (eine bei uns abhanden gekommene Sitte) ihre Handspiegelchen; glänzend polirte Metallplatten auf dem zweiten Ringe. Die Armbänder aus Gold, Silber, Elfenbein oder aus Schnüren von Perlen, Edelsteinen und goldenen Ketten waren manchmal so breit, daß sie von der Handwurzel bis zum Ellbogen reichten. Handschuhe dagegen waren damals ebensowenig im Gerauche, wie Taschentücher.

Und so stünde denn eine solche Dame der guten ältesten Zeit urkundlich geschildert vor uns — doch nein, eines haben wir noch vergessen! Denn da ihr Schleppgewand vorn ziemlich kurz ist, zeigt sie uns auch ihre zierlichen Füßchen mit mannigfaltigem Zierrathe. Ihre Schuhe von farbigem, kostbaren Leder imponiren zwar unseren Begriffen von Schuhmacherarbeit wenig; aber über diesen Schuhen hängen an den Fußknöcheln ansehnliche Fußfesseln von Metall, an denen wiederum Glöckchen klingen, den Schritt der Herrin fernhin markirend, und diese beiden Fußfesseln sind sogar miteinander verbunden durch ein Kettchen, nicht etwa um die Dame am Davonlaufen zu hindern, sondern um sie zu einem zierlichen trippelnden Gang anzuhalten.

Wo aber selbst die Füße in so hervorragender Weise zur Koketterie angehalten werden, dürfen wir uns nicht wundern, daß Jesajas an seinen Damen, wenn sie auf der Straße gehen, auch das kokette „Blinzeln mit den Augen" rügt und überhaupt einem solchen luxuriösen Gebaren ein schreckliches Ende prophezeit.

Unsere Damen werden aber aus dieser Schilderung ersehen, daß die Mode noch viele Neuerungen bringen kann, wenn sie auch nur einige Putzgegenstände des alten Orients wieder aufnehmen wollte.

meint Herr Wagener, kommt Alles darauf an, ob und in wieweit es gelingt, mit der Regierung eine Verständigung über die Auslegung und Ausführung der dunklen Punkte des fraglichen Programms herbeizuführen.

Wie man der „Magd. Ztg." schreibt, ist dem Minister des Innern der Aufruf der neuen deutschen conservativen Partei vor der Veröffentlichung vertraulich mitgetheilt worden. Eine Frage für sich ist es, ob Graf Eulenburg das Wahlmanifest gebilligt hat oder nicht. Nach seinen Erklärungen im Abgeordnetenhause über die Stellung der Regierung zur liberalen Partei würde angenommen werden können, daß der Minister die neue Partei desavouiren müßte, wenn nicht bekannt wäre, daß gerade dem Grafen Eulenburg an conservativen Wahlen gelegen ist. Als bemerkenswerth muß hervorgehoben werden, daß den Aufruf Herr v. Wedell-Malchow nicht mit unterzeichnet hat, obwohl er für das Zustandebringen der neuen Partei am Rührigsten gewesen ist. Von ihm und Herrn v. Finckenstein ging die Einladung an die Altconservativen aus, zu der neu zu bildenden Partei Stellung zu nehmen und wesentlich seiner Geschicklichkeit ist es wohl zu danken, daß die Altconservativen ihre Zurückhaltung aufgaben.

Uebrigens wird die neue conservative Partei bei den nächsten Wahlen sehr ins Zeug gehen. Die Gründer der neuen politischen Gruppe glauben an große Erfolge und rechnen wohl sogar auf den Beistand officieller Organe. Sie verfügen nach der „Magdeb. Ztg." in ganz Deutschland über etwa zehn Blätter, von denen die meisten augenblicklich noch wenig gelesen werden; aber man dürfte etwas Geld ins Geschäft stecken und sich in jeder Weise die Taktik der Ultramontanen zum Muster nehmen, die bekanntlich kein Mittel scheuen, um Propaganda für sich zu machen und politisch weiter zu kommen. Die neue conservative Partei soll nicht gewillt sein, mit den Freiconservativen gemeinschaftliche Sache zu machen; den Bethusy-Huc und Genossen wird vorgeworfen, sie hätten häufiger, als nöthig gewesen, den Liberalen die Kastanien aus dem Feuer geholt, und deshalb müßten die freiconservativen Politiker gerade so befehdet werden, wie die kirchliche Mittelpartei, die so gut wie nie der positiven Richtung, gewöhnlich aber den Liberalen Vorschub geleistet hätte. Man wird sich alle Mühe geben, um Männer, wie Kleist-Retzow und Graf Krassow, in den Reichstag zu bringen, damit die conservative Partei wieder Redner bekomme, die es mit Bennigsen, Miquel, Lasker u. s. w. aufnehmen könnten.

Privatnachrichten aus **Oesterreich** melden uns, daß man sich in maßgebenden Kreisen in der That mit dem Gedanken einer Occupation Bosniens trage, was bei der deutschen und magyarischen Bevölkerung ernste Besorgnisse erweckt. Gleichzeitig geht uns die Mittheilung zu, in polnischen Kreisen herrsche große Bestürzung, da man befürchte, Galizien könne als Compensations-Object verwendet werden. Wir nehmen Anstand, dem Grafen Andrassy ernstlich derartige abenteuerliche Projecte zuzutrauen.

Hand in Hand mit diesen Gerüchten geht das Bestreben officiöser österreichischer Blätter, auf eine baldige Intervention vorzubereiten. So schreibt der „Pester Ll." an hervorragenden Stelle:

„Die Reichstädter Vereinbarungen haben, wie es scheint, von keiner europäischen Macht einen Widerspruch erfahren. Europa ist also wenigstens in negativer Beziehung, in Betreff der Anerkennung des Princips der Nichtintervention, des Nichteingreifens in die Entwickelung der Dinge auf der Balkan-Halbinsel vollkommen einig. Wie lange man übrigens die Giltigkeit dieses Princips, das vorsichtig genug gleich von vorneher mit der Einschränkungsklausel „unter den gegenwärtigen Umständen" ausgestattet worden, aufrecht zu erhalten im Stande sein wird, mag dahingestellt bleiben. Für's Erste wird es durch die Ereignisse auf dem Kriegsschauplatze begünstigt. Weder große tactische Entscheidungen, noch die so rasch fühlbaren Wirkungen des Kriegszustandes gestatten bis jetzt ein Urtheil über den letzten Ausgang. Der Kampf nimmt immer mehr die zähen und erfolgkargen Formen des kleinen Krieges, wechselseitiger Vexationen und Beunruhigungen, der zersprengten und in keinem strategischen Zusammenhange stehenden Gefechte an. Ein Eingreifen der Mächte wäre also in der That, für die nächste Zeit wenigstens, nur denkbar, wenn allzu schwere Verletzungen des Völkerrechtes im Kriege statthaben, wenn die allgemeinen Grundsätze der Menschlichkeit eine zu schroffe Verleugnung finden würden. Bereits haben im englischen und italienischen Parlamente Interpellationen über die von tscherkessischen und arnautischen Truppen verübten Greuelthaten in Bulgarien stattgefunden und wenn die officiellen Beantwortungen dieser Anfragen lediglich ausweichend waren, so erscheint die Sache damit nicht völlig abgethan. Wiederholen sich die bulgarischen Vorgänge, deren Schilderungen von den Herren Disraeli und Melegari nur als eine übertriebene bezeichnet wird, ohne daß sie gewagt hätten, deren Richtigkeit ganz in Abrede zu stellen, von der einen oder der anderen Seite auf dem Kriegstheater selbst: so ist allerdings nicht undenkbar, daß die europäischen Mächte durch die beleidigte öffentliche Moral rascher zu einer Einmischung gedrängt werden, als dies bei den Reichstädter Besprechungen in Aussicht genommen worden zu seint" scheint."

Intervention und Occupation im Namen der Humanität ist also das neueste Schlagwort der österreichischen Inspirirten.

Die neuesten Nachrichten aus **Rumänien** lauten höchst bedenklich. Die Armee wird mobilisirt, ein Theil der Reserven einberufen. Ueber die Motive zu diesem Schritte werden wir durch Mittheilungen des „Pest. Ll." aufgeklärt. Nach demselben verlangt Rumänien von der Pforte fortan von dem jährlichen Tribut enthoben zu werden, ferner das Recht, Münzen mit dem Bildnisse des Fürsten prägen zu dürfen. Endlich soll Rumänien als Preis seiner Neutralität die Abtretung des Donau-Delta's begehren. Man sieht, Rumänien ist weit davon entfernt, Nationalitäts- oder Gefühlspolitik zu treiben, es schlägt einfach aus der ihm günstigen Situation nach Möglichkeit Capital.

Russische Zeitungen veröffentlichen ein von dem General Tschernajeff an einen Petersburger Bekannten gerichtetes Telegramm, in welchem er die Zustände des Sanitätswesens der serbischen Armee in den düstersten Farben schildert. Es fehlt an Aerzten, Krankenpflegern, chirurgischen Bestecken, an Verbandmaterial und Medicamenten, kurz und gut an Allem, was zur nothdürftigen Pflege der Verwundeten gehört. Der größte Theil der bisherigen Petersburger Sendungen von Lazarethgegenständen ist bekanntlich bisher nach Dalmatien und Montenegro gegangen. Es werden in Folge dessen in Petersburg Sammlungen an Geld und Lazarethgegenständen, speciell für die serbische Armee veranstaltet, und haben sich auch bereits mehrere Aerzte und barmherzige Schwestern zum Eintritt in die Lazarethdienste der serbischen Armee gemeldet.

Die Auslassungen des **italienischen** Ministers des Auswärtigen über die Orientfrage werden von der „Morning Post" für äußerst befridigend gehalten, zunächst da durch ihn, also von einer autoritativen Persönlichkeit, zum ersten Mal versichert worden sei, daß die Kaiser-Zusammenkunft in Reichstadt zu einem Einvernehmen geführt hat, dessen Hauptinhalt in der Aufrechterhaltung des Nichtinterventionsprincips seitens der Großmächte besteht. Dann findet das Blatt aber auch die Versicherung des Ministers, daß Italien in der orientalischen Frage sich auf den Boden des Pariser Vertrages stelle, für gleich wichtig und beruhigend. Italien habe als Mittelmeermacht gleiche Interessen mit England, Frankreich und Oesterreich, es sei deshalb natürlich, daß diese Staaten in der gegenwärtigen Krise übereinstimmend handelten. Italien müsse, wie jede andere Großmacht, genügende Berücksichtigung seiner Interessen und Ansprüche bei jeder Regelung der großen Frage finden.

In liberal-parlamentarischen Kreisen **Frankreichs** hält man dafür, daß nach den letzten Vorgängen in Versailles jetzt die Lage für einige Zeit beruhigt und gesichert sei. Im conservativen Lager dagegen giebt man sich noch keineswegs zur Ruhe. Dort thun sich zwei Strömungen kund. Einerseits will man den conservativen Aerger über den Sieg Marcere's benutzen, um im Senat dte Opposition gegen ihn zu kräftigen; der Senat soll das Unterrichtsgesetz durchfallen lassen und vom vorgestern genehmigten Bürgermeistergesetz den Hemon'schen Zusatz abstreichen. Diese Richtung findet ihren Ausdruck z. B. im Broglie'schen „Français". Die andere wird vom „Moniteur" vertreten. Dieser sagt:

„Es ist seltsam, daß Herr Gambetta die Regierung so lange im Schach hat halten können, und noch seltsamer, daß die Regierung sich so lange vor ihm und seinen Freunden gefürchtet hat. Die Abstimmung hat gezeigt, daß die Regierung nicht von den Gambettisten unterstützt wird, sondern von anderen Gruppen, und daß sie sich um die Gambettisten nicht zu kümmern braucht. Wir wünschen daher, daß sie von dieser Erfahrung Gebrauch mache."

Jedermann weiß nun aber, daß nicht Gambetta's persönliche Opposition sondern der Wunsch der gesammten Wählerschaft die Linke getrieben hat, für das Recht der Gemeinden, ihre Bürgermeister selbst zu wählen, sich so lange zu bemühen. Die Rathschläge des „Moniteur" laufen einfach auf Sprengung der republikanischen Partei hinaus. Gambetta hat zwar seit der Amnestiedebatte viel von seinem Einflusse verloren, aber ihn so mit den Intransigenten zusammen einfach in den Winkel zu schieben, ist doch etwas zu stark.

Der „Moniteur" meldet in seiner gestrigen Nummer: „Der Präsident der Republik wird die Session am 8. August schließen; aber das Parlament wird zu einer außerordentlichen Session einberufen werden, um die Berathung des Budgets zu beendigen. Unverzüglich nach der Session werden die Generalräthe zusammentreten." Der „Moniteur" spricht dem Staatsoberhaupte seine Anerkennung aus, daß es so viel Gewicht auf die Budgetberathung unter normalen Verhältnissen lege. Dem „Bien Public" zufolge drängt der Marschall Mac Mahon darauf, daß das Budget vor dem October dieses Jahres erledigt werde, wo die gesetzlich vorgeschriebenen Veränderungen in den großen militärischen Befehlshaberstellen stattfinden. Der „Moniteur" versichert ferner, daß zwischen den verschiedenen Ministern und zwischen dem Ministerium und dem Präsidenten der Republik vollständige Eintracht herrsche.

Eine interessante Nachricht wird aus Genf berichtet, und zwar, daß wiederum einmal neue Unterhandlungen zwischen dem Grafen Chambord und den Prinzen des Hauses Orleans im Gange sind, um ein neues Einvernehmen zu erzielen.

Vom türkischen Kriegsschauplatze.

Wie sich nunmehr zeigt, war in dem Gefechte vom 12. Juli nicht Leschjanin's Hauptarmee, sondern nur ein von demselben detachirtes Streifcorps verwickelt, welches von Fazyl Pascha über den Timok zurückgedrängt wurde. Gleichzeitig entspann sich ein Kampf zwischen Leschjanin und Osman Pascha. Ueber dieses Gefecht liegen nun höchst widersprechende Nachrichten vor. Der „N. Fr. Pr." wird von ihrem Privatcorrespondenten gemeldet:

„Der Angriff Leschjanin's am 12ten auf die Stellung bei Veliki-Izvor wurde von 18 türkischen Bataillonen siegreich zurückgewiesen. Die Serben haben 600 Todte und 700 Verwundete. Auch die türkischen Verluste sind bedeutend. Trotz des bestimmten Sieges konnte Osman Pascha höherer Befehle wegen den Timok nicht überschreiten. Die beiderseitigen Truppen stehen somit wie vor dem Kampfe. Auch bei Bregowa unterbleibt die beabsichtigte Offensive Fazyl Paschas."

Eine damit übereinstimmende Meldung bringt das „W. Tagbl.":

„Zehntausend Serben griffen gestern Früh Osman Pascha in zwei Colonnen bei Izvor an und wurden nach achtstündigem Kampfe nach Zajcar zurückgeworfen."

Das officielle Belgrader Bulletin über diesen Kampf lautet:

„Gestern Nachmittags griff Oberst Leschjanin neuerlich Osman Pascha in seinen verschanzten Stellungen an. Der Kampf wurde selbst während der Nacht fortgesetzt. Der serbische Angriff erfolgte mit solchem Ungestüm, daß der Feind seine Stellungen aufgeben mußte. Unsere Truppen, welche der Konstantinopeler Garde, der besten türkischen Truppe, gegenüber standen, entwickelten außerordentlichen Muth, und that sich hierbei die Belgrader Brigade besonders hervor."

Selbst das serbische Bulletin wagt somit nicht, zu behaupten, daß die Türken geschlagen worden seien. Es scheint somit, daß der Angriff Leschjanin's in der That mißlang und er zum Rückzug über den Timok gezwungen wurde. Andererseits haben aber auch die Türken diesen Fluß nicht überschritten.

Von Tschernajeff haben wir noch immer keine Nachrichten. Einer Meldung aus Konstantinopel zufolge soll bei Chehirkeny in der Nähe von Pirot ein für die Türken siegreiches Gefecht stattgefunden haben. Anderweitige Nachrichten hierüber liegen nicht vor. Wenn sich die Meldung bestätigt, so müßte Tschernajeff den Versuch gemacht haben, über Ak-Palanka hinaus vorzudringen. Wahrscheinlich handelt es sich auch hier nur um ein kleines Vorpostengefecht, welches zu einer großen Schlacht aufgebauscht wird.

Ueber die bisherigen Operationen Tschernajeff's enthält eine Belgrader Correspondenz folgende Mittheilungen:

„Die Armee Tschernajeffs überschritt am 1. Juli, nachdem sie sich von Aleksinac über Banja, Knjaschevac und Pandiralo in Bewegung gesetzt hatte, die türkische Grenze. Die erste Karaula (Blockhaus) fiel rasch in serbische Hände. Die Türken zogen sich zurück und befestigten sich ziemlich solid auf einer prächtigen, für die serbische Vorrückung gefährlichen Anhöhe „Babina Glava" genannt, welche einen starken Stützpunkt an einem großen kasemattirten, die Straße nach Widdin beherrschenden Blockhaus hatte. Das verschanzte Plateau von Babina Glava war von mindestens 3500 Türken und das Blockhaus von 380 Nizams und 450 Tscherkessen besetzt. Gegen beide Punkte nun disponirte Tschernajeff den Angriff, indem er selbst den Batterien gegen Babina Glava ihre Plätze anwies, während er den Oberst Ismailoff mit einigen Bataillonen der Belgrader Brigade und zwei Geschützen zum Angriff auf das Blockhaus detachirte. Nachdem die serbische Artillerie die Verschanzungen der Türken in Babina Glava gehörig mürbe gemacht und die meisten türkischen Geschütze demontirt waren, ließ Tschernajeff seine Colonnen mit dem Bajonnet zum Angriff vorgehen.

Die Türken warteten den Angriff gar nicht ab und räumten in größter Eile die ganze Position mit Hinterlassung aller ihrer Provisions- und Munitionsvorräthe und mehrerer vernagelter Geschütze. Inzwischen hatte Ismailoff auch die Kula mit Sturm genommen, wobei sich das Vratscharer Bataillon der Belgrader Brigade besonders hervorthat. Der ganze Kampf um die Kula dauerte nicht viel mehr als eine halbe Stunde. Die Besatzung floh mit Hinterlassung von 48 Todten und 102 Verwundeten. Ismailoff erhielt einen Schuß, welcher an seiner Uhrkette abprallte.

Am 5. rückte Tschernajeff gegen Ak-Palanka, welches von keiner sonderlich starken türkischen Truppenmacht besetzt war. Er griff dieselbe mit Ungestüm an, warf dieselbe aus dem Orte und bemächtigte sich dieses letzteren. Seitdem setzte er sich dort fest, verschanzte seine Stellung und organisirt die zahlreich herbeiströmenden bulgarischen Freiwilligen.

Der bekannte Stratimirovits und Oberst Despotovits (aus Rußland) sind wegen Insubordination vor dem Feinde von der Armee entfernt worden. Ueberhaupt soll es sich herausstellen, daß die fremden Offiziere nicht die erwarteten Dienste leisten. Aber auch die nationalen Offiziere sollen viel zu wünschen übrig lassen; ihre militärische Bildung ist eine ungenügende. Dagegen wird den serbischen Soldaten allseitig das beste Zeugniß gegeben. So viel Ausdauer und Standhaftigkeit ist von einer Miliz gar nicht zu erwarten gewesen. Preußische Offiziere bezeichnen das serbische Soldatenmaterial als vorzüglich, gleichzeitig aber auch die Offiziere, deren Zahl überdies noch unzulänglich ist, als ihrer Aufgabe wenig gewachsen."

Fürst Milan hat dem General Tschernajeff und dem Oberst Ismailoff das Kreuz von Jakova I. Klasse für die bei Babina Glava bewiesene Tapferkeit überreicht. Ranko Alimpics steht nach wie vor bei Belina. Serbische Blätter sprachen sich über sein Verhalten höchst entrüstet aus und fordern ungestüm seine Absetzung.

Der Fürst von Montenegro dringt, während die Serben nirgends einen namhaften Erfolg aufzuweisen vermögen, immer weiter vor. Das ganze Gebiet von Gacko ist in seinen Händen. Nach einem siegreichen Gefechte bei Lipnik zogen sich die Türken nach Metochia, dem Hauptorte des Hochplateau von Gacko, zurück. Wie das „Tgbl." meldet, soll die Stadt bereits die weiße Fahne aufgezogen haben. — Die Montenegriner sollen sich auf dem Marsche nach Nevesinje befinden, welches nur wenige Meilen von Mostar entfernt liegt.

Ueber den Vormarsch der Montenegriner nach Klek wird der „Pol. Corr." aus Ragusa unterm 12. Juli geschrieben:

„Nach soeben eingelangten Meldungen ist es dem zum Obercommandanten der Aufständischen vom Fürsten Nikolaus ernannten Peko Pavlovits gelungen, bis in die Nähe von Klek vorzudringen. Auf seinem Marsche von Banjani bis Klek hatte Pavlovits keinen einzigen Kampf zu bestehen. Die Einwohner der türkischen Dörfer gingen ihm entgegen und erklärten feierlich, sich dem Fürsten von Montenegro unterwerfen zu wollen. Jedes Dorf mußte schriftlich diese Erklärung abgeben, worauf Pavlovits den Dorfältesten im Namen des Fürsten von Montenegro in seinem Amte bestätigte. Im Ganzen haben sich bis jetzt acht Dörfer ohne Schwertstreich unterworfen.

Gestern fielen den Montenegrinern Stolac, Krnitza und Kljuts durch Capitulation in die Hände. Diese drei Kulas waren sehr gut verschanzt und hatten je 120 Mann Besatzung. Da Mukhtar Pascha alle festen Punkte in der letzten Zeit mit großen Vorräthen versah, so fielen den Montenegrinern in den genannten Orten Zelte, beträchtliche Quantitäten Munition, 6 Kanonen, 200 Ochsen, 600 Schafe und viel Proviant in die Hände. Alle diese Punkte ergaben sich ohne Schwertstreich. Nach einer zweimaligen Aufforderung hißten die Besatzungen weiße Fahnen auf und schickten Parlamentäre ab. Darauf wurde denselben nach vorausgegangener Entwaffnung freier Abzug gewährt. Es war dies ein für beide Theile vortheilhaftes Geschäft. Montenegro kann keine Gefangenen brauchen, weil es sie nicht unterbringen und verpflegen kann, und die Türken wollen sich nicht nutzlos opfern."

Am 12. Juli fand in der Nähe von Klek ein Gefecht statt, über welches ein officieller montenegrinischer Bericht vorliegt, der folgendermaßen lautet:

„Das Gefecht fand zu Gunjevoselo bei Utovo auf der Straße von Klek in der Nähe einer Quelle statt. Ein in Utovo und dessen Umgebung gelagertes türkisches Bataillon, welches nicht hinreichend mit Wasser versorgt war, hatte 200 Mann nach Gunjevoselo abgeschickt, um sich mit Wasser aus der dortigen Quelle zu versorgen, was die mit Montenegrinern vereinigten Insurgenten den Türken wehren wollten. Die Insurgenten legten sich in einen Hinterhalt und griffen die Türken an. Einige der Letzteren mit einem Jusbascha besetzten ein nahegelegenes Haus, von dem aus sie aus sicherem Versteck die Montenegriner beschossen. Der größte Theil der Türken, von ihrer Hauptabtheilung in Utovo im Stich gelassen, wurde niedergemacht, der Rest entfloh.

Die in dem erwähnten Hause versteckten Türken, von den Insurgenten endlich aufgespürt, wurden cernirt und zur Uebergabe aufgefordert. So machten die Insurgenten 15 Gefangene. Die Zahl der getödteten und verwundeten Insurgenten und Montenegriner beläuft sich auf 30 Mann. Unter den Todten befindet sich einer der tapfersten montenegrinischen Commandiri (Offizier) Bogdan Spaic von Zubci."

Das türkische Bulletin über diese Affaire befindet sich unter den telegr. Depeschen am Schluß der Zeitung.

Von Antivari wird gemeldet, daß drei türkische Dampfer, welche den 8. Juli eintrafen, 3000 Gewehre für die Baschi-Bozuks überbracht haben. Am 11. Juli Mittags wurden in Antivari drei Kanonenschüsse abgegeben, zum Zeichen der Eröffnung der Feindseligkeiten gegen Montenegro. Alle waffenfähigen Griechen, Katholiken und Türken mußten ihre Familien verlassen und ins Feld ziehen.

Wir haben seinerzeit mitgetheilt, daß mehrere Correspondenten auf dem serbischen Kriegsschauplatze todtgesagt wurden, bald darauf aber wohlbehalten in Semlin zum Vorschein kamen. Mit Bezug darauf finden wir heut im „Neuen Pester Journal" folgendes Telegramm aus Semlin vom 14. Juli:

„Die Affaire Wallsee hat heute eine überraschende Aufklärung erfahren. Ich saß mit dem genannten Correspondenten der „Neuen Freien Presse", sowie mit dem Correspondenten des „Nationale", Herrn Galli, eben bei Tische, als eine amtliche Vorladung überbracht wurde, welche den Herrn Wallsee und die Herrn Coutoully („Temps") und Galli vor die Stadthauptmannschaft citirte. Coutoully konnte der Vorladung nicht Folge leisten, weil er schon vor drei Tagen abgereist ist und sich zur Stunde breits in Wien befindet. Die Herren Wallsee und Galli entsprachen der amtlichen Aufforderung, kehrten aber sofort wieder zurück, um an mich an das Ersuchen zu richten, ich möge mit ihnen zur Stadthauptmannschaft kommen und daselbst für Galli als Dolmetsch fungiren. Ich entsprach diesem Wunsche. Nach längerem Kreuzverhör machte schließlich Wallsee vor der Stadthauptmannschaft in meiner Gegenwart das Geständniß, daß er selbst der Verfasser und Absender des Sensations-Telegramms gewesen sei, welches seinen Tod uud die schwere Verwundung der beiden anderen Correspondenten gemeldet. Die hier gemeldeten Erhebungen waren in Folge Einschreitens des österreich-ungarischen Consulats erfolgt."

Wenn sich dies bestätigt, so können wir nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß ein Journalist sich zu derartigen die Standesehre entwürdigenden Reclamemitteln herabläßt. Andererseits kann man es unter solchen Verhältnissen der serbischen Regierung nicht verübeln, daß sie die Zulassung von Journalisten ins Hauptquartier gänzlich untersagt.

Es wurde wiederholt darüber Klage geführt, daß weder Serbien noch die Türkei die Bestimmungen der Genfer Convention respectiren. In Bezug darauf theilt das „W. Fr.-Bl." Folgendes mit:

Vor einiger Zeit, kurz bevor noch der Krieg erklärt wurde, hat die serbische Regierung competenten Orts in der Schweiz die Erklärung abgegeben, daß sie der Genfer Convention, betreffend die Behandlung Verwundeter im Kriege, beitrete. Derselben ist auf ihre Mittheilung die Antwort geworden, daß ihr Beitritt nicht angenommen werden könne, da die Genfer Convention ein Uebereinkommen souveräner Staaten sei, Serbien aber den Rang eines solchen nicht beanspruchen könne. Die Pforte ist seinerzeit der Genfer Convention beigetreten, doch bindet sie dieselbe nur für den Fall von Kriegen gegen selbstständige Staaten. Insurrectionen, wie die serbische u. s. w., sind in der Convention nicht vorgesehen und können daher nicht auf die Begünstigungen, die in derselben enthalten sind, Anspruch machen. Die Pforte ist demgemäß nicht verpflichtet, das rothe Kreuz der serbischen Krankenpflege zu respectiren und kann die Träger desselben als Kriegsgefangene behandeln.

Deutschland.

= **Berlin**, 16. Juli. [Das Gesetz über den höheren Staatsdienst. — Zündwaaren-Industrie. — Militärisches.] Das Gesetz wegen der Bedingungen zum Eintritt in den höheren Staatsdienst wird jedenfalls in der nächsten Session wieder vorgelegt, seine etwaige Umarbeitung jedoch erst später erhalten, nachdem noch erst die neuen Vorlagen zur Bearbeitung gelangt sein werden. Zu wünschen wäre es nur, daß diese letzteren insgesammt vor dem Beginn der Session festgestellt würden, damit nicht wieder viel Zeit ungenützt verloren gehe. Von neuen Vorlagen verlautet bis auf eine noch nichts und es wird erst, nachdem das Ministerium wieder vollzählig ist, darüber ein Beschluß herbeigeführt, ebenso wie über den Tag, an welchem die Wahlmänner, und der, an welchem die Abgeordneten zu wählen sind. Ueber die Fassung eines solchen Beschlusses kann jedoch der September herankommen. Was nun speziell den Eingangs erwähnten Gesetzentwurf betrifft, so wird die Regierung vermuthlich in Betreff der Landräthe dasjenige Amendement wieder aufnehmen, welchem sie schon in der letzten Session zugestimmt hat. — Bei dem Umstande, daß in mehreren Gegenden des preußischen Staates die Anfertigung von weißen Phosphor enthaltenden Zündhölzern außerhalb der Fabriken als Nebengewerbe betrieben wird, haben die Minister für Handel und der Medicinal-Angelegenheiten die Bezirks-Regierungen veranlaßt, die Frage in nähere Erwägung zu ziehen, welchen Beschränkungen etwa dieses Gewerbe zum Schutze der mit demselben

(Fortsetzung in der ersten Beilage.)

Mit zwei Beilagen.